

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **F. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal M. 1,50.

### Inhalt:

	Seite		Seite
Die deutschen Metallindustriellen in der Klemme	305	und Lohnbewegungen. — Die Streiks in Frank-	314
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften. — Eine treffende Abfertigung. — Aus Belgien. — Der englische Maschinenbauer-Verband. — Aus Norwegen	307	<b>Partelle, Sekretariate.</b> Aus den Gewerkschafts-	316
Kongresse. Vierter Verbandstag der Gastwirts- gehülfen Deutschlands. — Erste nord- bayerische Gewerkschaftskonferenz	309	<b>Audere Organisationen.</b> Siebenter Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerks-	316
Lohnbewegungen. Streiks und Aussperrungen. — Tarif-		<b>Mitteilungen.</b> Unterstützungs-Vereinigung	319
		<b>Literarisches</b>	320

### Die deutschen Metallindustriellen in der Klemme.

Der vom Gesamtverband deutscher Metallindustrieller mit so großem Eifer angekündigte Plan einer Riesenausperrung, wie sie die Welt noch nicht gesehen, — einer Aussperrung von 320 000 Metallarbeitern — endet mit einem kläglichen Fiasko. Immer weniger vermag der Scharfmacherverband die Öffentlichkeit darüber hinwegzutäuschen, daß sein ursprünglicher Beschluß, vom 10. Mai ab die Aussperrung eintreten zu lassen, nicht durchgeführt werden konnte. So rasch ein solcher Beschluß gefaßt werden konnte, so folgeschwer mußte sich die Ausführung desselben gestalten. Leicht beieinander wohnen die Gedanken, und nicht nur in sozialdemokratischen Arbeiterkreisen hat der Gedanke einer alles überwältigenden Arbeitseinstellung, eines Generalstreiks, Boden gefunden, — auch die größten deutschen Arbeitgeber gewöhnen sich nachgerade daran, mit dem Plane eines General-Lochouts zu spielen. — Doch hier wie dort stoßen sich gar hart im Raume die Dinge, und die kühne Phantasie muß sich in stummer Resignation vor der rauhen Wirklichkeit beugen. Freilich, so töricht sind selbst die kühnsten Generalstreiks-Optimisten im Arbeiterlager noch nicht gewesen, daß sie auf acht Tage voraus die Stunde festgesetzt hätten, zu welcher die Arbeit allgemein eingestellt werden soll. Die Metallindustriellen waren sich über diese Kleinigkeit natürlich längst einig. Um so größer war der Durchfall, den ihnen die Verwirklichung ihres Aussperrungsplanes brachte. Schon in den nächsten Tagen mußte der Gesamtverband der Metallindustriellen zum Rückzuge blasen. Er tat dies in der denkbar ungeschicktesten Form, indem er — seine eigenen Preßäußerungen als aus der Luft gegriffen bezeichnete. Die bürgerliche Presse, die in dieser Weise desabonniert wurde, blieb

natürlich die Antwort nicht schuldig, sondern deckte die ganzen Preßmanöver des Scharfmacherverbandes rücksichtslos auf. Der letztere geriet dadurch der Öffentlichkeit gegenüber in jene fatale Stellung, die man gemeinhin mit dem Namen „Pranger“ bezeichnet.

Am 3. Mai gab der Gesamtverband der Presse von folgender Mitteilung Kenntnis:

„In der Versammlung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller vom 2. Mai haben von den 28 vertretenen Verbänden 26 mit 320 000 Arbeitern beschlossen, die Verbände Hannover, Braunschweig, Dresden, Breslau, Frankfurt a. M. und Ostfriesland durch Arbeiteraussperrungen zu unterstützen. Sofern die Arbeiter der angegriffenen Verbände innerhalb einer in den nächsten Tagen festzusetzenden Frist die Arbeit nicht wieder aufnehmen, ist demgemäß mit Entlassung von Arbeitern der Metallindustrie in großem Umfange zu rechnen. Eine Kommission des Gesamtverbandes hat vor der Versammlung die Arbeitsbedingungen, insbesondere auch die Löhne und Arbeitszeiten geprüft und gefunden, daß sie keinen berechtigten Anlaß zu den Umständen in den oben genannten Verbänden gegeben haben.“

Wurde in dieser Preßerklärung die Massenentlassung von der Nichtaufnahme der Arbeit innerhalb einer zu bestimmenden Frist abhängig gemacht, so ließ der Verband am nächsten Tage durch das Wolffsche Telegraphenbureau folgende Depesche verbreiten:

Breslau, 4. Mai. „Der deutsche Metallindustrieverband hat die Generalaussperrung auf den 10. Mai festgesetzt für den Fall, daß die Arbeiter in den Streikorten nicht bis dahin die Arbeit wieder aufgenommen haben.“

Fünf Tage ließ der Gesamtverband diese den offiziellen Stempel an der Stirn tragende Notiz durch die Presse gehen, gerade lange genug, um darüber Klarheit zu erlangen, daß der Beschluß am Widerstande der Arbeitgeberkreise der Metallindustrie selbst scheitern werde. Den Anfang machten die

Berliner Metallindustriellen, die zwar ihre Bereitwilligkeit erklärten, sich an der Aussperrung zu beteiligen, sich aber bescheiden mit der Rolle der letzten begnügen wollten. Die große Industrie Berlins wollte sich also ihre Betriebs- und Produktionskraft bis zum letzten Augenblicke in vollem Umfange wahren, auf Kosten der provinziellen Industrie. Das erkannten die Arbeitgeber in den Provinzen nur zu bald. Aus Hannover wurde berichtet, daß die Herren Metallindustriellen zu Einigungsverhandlungen bereit seien, zwar nicht zu Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverband, aber auch mit Ausschaltung des Metallindustriellenverbandes. Nur die Dresdener und Breslauer Scharfmacher bramarbasierten nach wie vor mit Massenausperrungsdrohungen. Sie hatten allerdings das unmöglichste geleistet, um sich jeden Rückzug abzuschneiden. Hatten doch die Dresdener Metallindustriellen die bedingungslose Aufnahme der Arbeit, nicht bloß in Dresden, sondern in allen bei der Formerbewegung in Betracht kommenden Städten verlangt und sich solchergestalt die Rolle einer Exekutive für das ganze Reich angemacht, gleichwie als ob das Eintreten oder Nicht-eintreten der Generalausperrung lediglich in ihrer Hand läge. Desto größer war die Blamage, als ihr Ufas auf die bedrohten Arbeiter nicht den geringsten Eindruck machte und die Herren der furchtbaren Drohung nicht die Tat folgen lassen konnten.

Mit welchen Gefühlen die Metallindustriellen den Aussperrungsplänen ihrer Scharfmacher gegenüberstehen, das illustriert am drastischsten ein Bericht aus Augsburg über die dortige Situation. Dort war die große Maschinenbau-Aktiengesellschaft Augsburg-Nürnberg nicht minder wie die Berliner Großindustriellen bemüht, ihre Betriebe aus dem Bereich der gefährlichen Aussperrung zu bringen, indem sie öffentlich in der Presse ankündigte, daß alle Arbeiter, die acht Tage vor Verkündigung der Aussperrung Mitglied des „Vereins der Nicht-organisierten“ würden, unter keinen Umständen ausgesperrt würden. Damit waren die übrigen Metallarbeitgeber aber keineswegs einverstanden, daß diese große Maschinenfabrik auch nur teilweise ihren Betrieb aufrecht erhalte, da sie, wohl aus Erfahrung, fürchteten, sie werde während der Aussperrung die besten Aufträge an sich ziehen. Namhafte Augsburger Firmen lehnten daraufhin die Beteiligung an der Aussperrung ab, zumal der erstrebte Zweck, den Metallarbeiterverband weißzubluten, bereits bei der vorjährigen Massenausperrung nicht erreicht werden konnte. Der Metallarbeiterverband habe vielmehr enorm an Mitgliedern zugenommen, während laut Geschäftsbericht des Metallindustriellenverbandes die Betriebe des letzteren schweren Schaden erlitten haben. Gelänge es wirklich, den Metallarbeiterverband niederzuringen, so wäre der Erfolg für die Unternehmer nur ein momentaner, denn in kurzer Zeit träte der Verband mit 400 000 Mitgliedern auf den Plan und daß dann die „Geher“ kaum „gemäßigter“ als vorher auftreten würden.

In diesem Widerstreit der Interessen ging der Aussperrungsplan zu Wasser. Am 10. Mai, demselben Tage, an dem die 320 000 Metallarbeiter ausgesperrt werden sollten, lancierte der Gesamtverband über Dresden folgende Depesche in die Presse:

„Der Gesamtverband der Metallindustriellen hat für morgen in Berlin eine Versammlung anberaumt, in der

Beschlüsse über den Tag und Umfang der gemäß dem Beschluß vom 2. Mai auszuführenden Aussperrungen der Metallarbeiter gefaßt werden sollen.“

Während hier der Anschein erweckt wird, daß die maßgebenden Beschlüsse erst am 11. Mai gefaßt werden sollten, war die bürgerliche Presse schon von der „Beschlussfassung“ in der Lage, das näher Protokoll der Sitzung vom 2. Mai in die Öffentlichkeit zu bringen. Daraus ging hervor, daß für den Fall des Nichtzustandekommens einer Einigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Streikorte bis zum 10. Mai — 30 Proz. der Metallarbeiter am 12. Mai, soweit sie Sozialdemokraten seien, gekündigt werden sollen. Der Gesamtverband mußte dieses Protokoll als zutreffend anerkennen und versuchte vergeblich, die darin bezeichneten Beschlüsse dadurch zu entkräften, daß er sie als spontan gestellte und nicht genügend abgeklärte Anträge bezeichnete, die nicht definitiver Natur seien. Den Eindruck, daß der Plan der Massenausperrung von 320 000 Metallarbeitern vom 12. Mai ab tatsächlich bestanden hat und daß seine Ausführung ernsthaft erstrebt wurde, vermochte er nicht zu verwischen. Vielmehr wurde dieser Eindruck der Gemeingefährlichkeit dieses Scharfmacherverbandes noch dadurch verstärkt, daß letzterer kein Bedenken trug, diesen Aussperrungsplan selbst mit kühlfester Gelassenheit als einen spontanen und nicht abgeklärten zu kennzeichnen. In solcher Weise setzen sich die Metallindustriellen über das Wohl und Wehe von Millionen von Staatsbürgern hinweg!

Man bedenke die unübersehbaren Folgen, die eine Aussperrung von mehr als 300 000 Arbeitern nach sich ziehen muß. Mehr als 1½ Millionen Köpfe werden dadurch direkt betroffen, also der vierzigste Teil aller Reichsangehörigen. Dazu kommen die Hunderttausende, die durch einen solchen Niesenkampf indirekt in Mitleidenschaft gezogen werden, so daß die Wirkung eines solchen Gewaltstreiches mindestens 2 Millionen Seelen betreffen würde. Die Wirkungen eines solchen Vorgehens auf die öffentliche Ordnung und auf das Wohl des Staatswesens, auf die gesamte nationale Volkswirtschaft, sind kaum zu ermessen. Und darüber entscheidet eine Handvoll Kapitalistenscharfmacher in wenigen Stunden, — sie entscheiden nach eigenem Zugeständnis ganz spontan, ohne genügende Vorbereitung und Abklärung. Furchtbarer als in diesem Vorgang kann sich die verhängnisvolle Macht des Kapitalismus kaum jemals enthüllen! Und diese Gesellschaft von Gemeinschädlingen zetert über das Proletariat, das sich gegen politische Entrechtungspläne durch Massestreiks wehren will, schreit nach Hoch- und Landesverratsgesetzen und geberdet sich als die festeste Stütze der öffentlichen Ordnung. Niemals ist die öffentliche Ordnung frivoler gefährdet worden, als in den Tagen der Drohung mit dem General-Lockout. Und diese Drohung wäre sicher zum Teil verwirklicht worden, wenn nicht die Presse das Treiben der Scharfmacher an die Öffentlichkeit gezogen und der Kritik unterstellt hätte.

Jetzt soll die Aussperrung auf den 26. Mai vertagt sein. Die „Bosfische Zeitung“ weiß zu berichten, daß 90 000 Metallarbeiter aus Maschinenfabriken, Eisengießereien, elektrotechnischen Firmen zunächst betroffen würden. Das entspräche der Absicht mit 30 Proz. der Arbeiter den Anfang zu machen. Die 14tägige Frist soll mit Rücksicht auf die in einem Teil der Fabriken zu erfolgenden Räum-

dingungen gewählt sein. Wir glauben nicht an diese zarte Rücksichtnahme der Metallindustriellen, die noch allezeit, wenn es die Durchsetzung der Machtfrage galt, rücksichtslos Gesetz und Recht mit Füßen traten. Wir glauben um so weniger daran, als gerade in den genannten Industrien die 14tägige Kündigungsfrist eine sehr geringe Rolle spielt und mit Leichtigkeit 30 Proz. der Arbeiter ohne Kündigungsfrist hätten ausgewählt werden können. Wir bezweifeln endlich deshalb den Ernst dieser Ankündigung, weil über umfangreiche Kündigungen am 12. Mai nirgends etwas berichtet wurde, wohl aber von Einigungsverhandlungen, die seitdem in Hannover, sogar in Dresden stattfanden und die Wiederherstellung des Friedens in Aussicht stellen. Das beweist, daß es den Metallindustriellen um eine geeignete Deckung ihres Rückzuges zu tun ist. Ueber dieses Manöver täuscht weder das neuerliche Säbelrasseln des Berliner Metallindustriellenverbandes hinweg, der angeblich eine Einigung über das gemeinsame Vorgehen erzielt haben will, noch das Circular des bayerischen Metallindustriellenverbandes, das von neuem mit dem Gedanken der Aussperrung sozialdemokratischer Gewerkschaftsmitglieder spielt und sich an die Nichtorganisierten sowie an „diejenigen, welche der ständigen Beunruhigung und Bevormundung durch die Führer, sowie der großen Opfer, die ihnen zugemutet werden, müde sind,“ mit der Aufforderung wendet, sich um die — Metallindustriellen (1) zu scharen. Offenbar sind sich die Herren der unbezwinglichen Komik, die ihre Aufforderung auslösen, nicht bewußt. Wohl aber gestehen sie bereits zu, daß das Bekanntwerden ihrer Aussperrungspläne erneut die Wirkung hatte, die der Gewerkschaftsorganisation noch fernstehenden Massen in die letztere hineinzutreiben.

Diesen Erfolg hat unstreitig die Arbeiterbewegung dem frivolen Spiel der Metallindustriellen zu danken. Und so können die Gewerkschaften dem Treiben ihrer Gegner mit kühler Ruhe entgegensehen, das ihnen das eine bewiesen hat, daß die stärkste deutsche Unternehmerorganisation an Verantwortlichkeitsempfinden und sittlicher Ueberlegung weit hinter der kleinsten Arbeiterorganisation zurücksteht, aber auch an Opfermut und Klassenolidarität. Deshalb wird es selbst der Anwendung der brutalsten Machtmittel nicht gelingen, die Gewerkschaftsbewegung niederzuringen, und wie auch die nächsten Kampfesphasen sich gestalten werden, — der Erfolg wird auf seiten der Arbeiter sein!

## Arbeiterbewegung.

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes schreibt die Erhebung eines Extrabeitrages von 10 Pf. pro Woche für die Dauer von fünf Wochen aus. Bekanntlich wurde eine solche Beitragserhebung im vorigen Jahre für zehn Wochen angeordnet; infolge der damals bald beendeten Kämpfe, die zu der Erhebung Anlaß gaben, konnte der Vorstand sie nach fünf Wochen abbrechen. Diese fünf Wochen sollen jetzt nachgezahlt werden.

Im gleichen Verbands wird zurzeit die Frage der Agitation unter den landwirtschaftlichen Arbeitern diskutiert. Der Gau Brandenburg des Verbandes hat auf seinem Gantag eine Resolution angenommen, die die Bildung einer besonderen Sektion

für die Landarbeiter fordert. Es wurde hierbei hervorgehoben, daß für die Landarbeiter bisher recht wenig geschehen sei, daß der Verband nicht in genügender Weise sich hier betätigt habe und daß dies auch für die Folge nur möglich gemacht wird, falls man im Verbandsden besonderen Verhältnissen der Landarbeiter Rechnung trägt. Hierzu sei in erster Linie die Bildung einer besonderen Sektion nötig und die Bemessung „der Beiträge für Männer und Frauen auf eine ihrem Arbeitsverdienste entsprechende Höhe unter gleichzeitiger Festsetzung entsprechender Gegenleistungen. Das Verbandsorgan ist so auszugestalten, daß es fortan auch der Aufklärung der Landarbeiter genügt.“

Von anderer Seite im Verbandsden demgegenüber im „Proletariat“ geltend gemacht, daß der Vorwurf, es sei in dieser Richtung nicht genug getan, unberechtigt ist. Es wäre seit langen Jahren unter den Landarbeitern eifrig agitiert und auch mit Erfolg. Viele Verbandsmitglieder seien noch als Landarbeiter gewonnen worden, wenn sie heute nicht mehr Landarbeiter sind, so liegt es eben daran, daß die intelligenten Landarbeiter, und die seien zunächst zu gewinnen, dem Zuge in die Stadt zu folgen pflegen und oft auch folgen müssen.

Das letztere ist nun freilich richtig, trifft aber doch den Kern der Sache nicht. Die Landarbeiter, die „dem Zuge in die Stadt“ folgen oder folgen müssen, sind eben noch nicht die Landarbeiterschaft, sondern nur ein verschwindend geringer Prozentsatz davon. Wir haben in Deutschland eine Landarbeiterschaft von rund 12 000 000, die uns noch nahezu völlig fernstehen, deren Organisation auch rechtlich noch auf Schwierigkeiten stößt, so daß eine eingehende Besprechung der ganzen Materie auf dem Verbandstage der Fabrikarbeiter dringend zu wünschen ist. Es steht zu erwarten, daß hierbei selbstverständlich auch die Vorschläge des Brandenburger Gaus des Verbandes einer genauen Prüfung unterzogen werden.

Zum Centralvorsitzenden des Verbandes der Handschuhmacher ist per Urabstimmung der Genosse Ernst Leister gewählt worden, der sein Amt mit dem 1. Juni antritt. Am gleichen Tage scheidet Genosse Kiepetohl aus dem Verbandsvorstande.

Die Verbandsleitung des Lederarbeiterverbandes schreibt eine Urabstimmung über die Höhe der Beiträge aus, die bis spätestens zum 20. Juni stattzufinden haben soll. Der statutengemäße Beitrag betrug bisher 35 Pf. pro Woche; durch die schweren Kämpfe im letzten Jahre sah sich indessen die Verbandsleitung gezwungen, einen Extrabeitrag von 15 Pf. pro Woche bis auf weiteres auszuschreiben, also 50 Pf. Wochenbeitrag zu erheben. Im Verbandsorgan waren nun schon Stimmen aus den Mitgliederkreisen bereits zu verzeichnen, daß eine Herabsetzung des Beitrages auf die statutarische Höhe nicht wieder stattfinden soll, sondern den 50 Pf.-Beitrag als Verbandsbeitrag weiter zu erheben. Andererseits aber sind auch in diesem Jahre die Kämpfe sehr zahlreich und die Ansprüche an die Verbandsklasse daher ziemlich groß. Daher die Verbandsleitung (Vorstand und Ausschuß) nunmehr den Mitgliedern die Frage zur Prüfung vorlegt, ob sie gewillt sind, den auf 50 Pf. erhöhten Beitrag zu zahlen. Eine Verquickung dieser Frage mit den bestehenden Unterstützungszweigen soll nicht stattfinden, sondern es handelt sich lediglich um eine Sicherung der Aktionsfähigkeit des

hat sich durch einen Londoner Gentleman bei der General-Federation of Trade-Unions zum Besuch gemeldet. In der neuesten Ausgabe des Quartalsberichts der G. F. of Trade-Unions (März 1906) wird die fragliche Delegation mitgeteilt und hervorgehoben, daß es sich um die Hirsch-Dunderschen und christlichen Gewerksvereine handelt, die von der genannten Gesellschaft delegiert sind. Es heißt dann weiter im „Quarterly Report“: „Die anerkannte Repräsentation der Gewerkschaften Deutschlands ist die „Generalkommission“, die Hand in Hand mit der deutschen sozialistischen Partei wirkt, und die Generalkommission, die die weitaus größte Föderation der Gewerkschaften Deutschlands darstellt, ist in keinerlei Weise identisch mit dem angezeigten Besuch, dessen Teilnehmer kaum als Repräsentation erwähnt werden können. Wir beantragen, wie dem auch sei, den Delegierten ein Interview zu bewilligen und ihnen alle gewünschten Informationen über die Bewegung in diesem Lande zu gewähren. Wir hoffen, ihnen verständlich machen zu können, daß das Wohl der Arbeiter nicht gefördert wird dadurch, daß man sie in Sektionen zersplittert, ob christliche oder Heiden, sondern indem man sie vereint auf der einen gemeinsamen Basis der Arbeit.“

Diese Stellungnahme der englischen Gewerkschaftszentrale ist eine durchaus richtige und sie gibt zugleich den deutschen Arbeitern einen deutlichen Beweis darüber, wie man im Mutterlande der Gewerkschaftsbewegung, England, über die unsinnige organisatorische Zersplitterung denkt, die sich die deutschen Arbeiter von Pfaffen und sonstigen Arbeiterfeinden haben aufkotzieren lassen. Daß die Luertreiber in der deutschen Arbeiterbewegung, die die Englandreise machten, sich die ihnen von der General-Federation of Trade-Unions erteilte Lektion über die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterbewegung zum Nutzen der deutschen Gewerkschaften zu Gemüte führen werden, ist freilich eine Hoffnung unserer englischen Freunde, die viel zu hoch geht. Die Managern dieser Englandreisen, die hinter den Delegationen stehen, betreiben die Arbeiterzersplitterung als Geschäft; mit gefunden vernünftigen Erwägungen zum Wohle der Arbeiter kann man diesen Leuten nicht kommen.

### Ausland.

Die in Brüssel bestehenden vier deutschen Arbeitervereine haben ein Kartellverhältnis geschlossen. Das Kartell hat ein Lesezimmer eingerichtet und ersucht die deutsche Partei- und Gewerkschaftspressen, für das Lesezimmer ein Exemplar ihrer Publikationen zu übersenden. Die Adresse ist: Deutsches Arbeitervereins-Kartell, Maison du Peuple, Voie 81, Brüssel.

Der englische Maschinenbauerverband ist gegenwärtig die größte Gewerkschaft Großbritanniens. Die Mitgliederzahl überschritt im Monat März das erste Hunderttausend, am 1. April betrug dieselbe 100 075. Es darf aber nicht vergessen werden, daß dieser Verband in Amerika, Australien und Afrika fünf oder sechs Tausend Mitglieder hat.

Norwegen. Aus Christiania meldet das dortige Parteiorgan, daß in einer Sitzung des Hauptvorstandes der Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften am 11. Mai der Genosse A. Pedersen sein Amt als Vorsitzender und Geschäftsführer der Landesorganisation niedergelegt hat. Die Gründe, die

unseren Genossen dazu veranlaßt haben mögen, werden nicht mitgeteilt. Jedenfalls aber verliert die norwegische Landeszentrale in Pedersen eine brauchbare Arbeitskraft, wovon seine Berichte an das internationale Sekretariat, wie auch seine statistischen usw. Arbeiten Zeugnis ablegen. — Als Nachfolger Pedersens wurde der zweite Vorsitzende, Genosse O. Lian, bestimmt, der jedoch nicht die allgemeinen geschäftlichen Arbeiten erledigen wird, sondern es wird bis zum nächsten Gewerkschaftskongress Genosse Sethil die laufenden Geschäfte führen.

E. Br.

## Kongresse.

### Vierter Verbandstag des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen.

Köln a. Rh., 24. bis 28. April 1906.

Der Verbandstag setzte sich zusammen aus 44 Delegierten und 2 Vertretern des Vorstandes (dem Vorsitzenden und dem Kassierer). Zum erstenmal waren auch zwei Delegierten der Sektion München für weibliche Angestellte vertreten.

In dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht des Vorstandes wird darauf hingewiesen, daß sich in der verfloffenen Geschäftsperiode die Arbeiten der Hauptverwaltung wieder ganz bedeutend vermehrt haben, so daß eine Hilfskraft provisorisch angestellt werden mußte. Besonders wurde die Hauptverwaltung durch die Bewegung in Berlin infolge von lokalistischen Bestrebungen in Anspruch genommen, die auch zur Gründung des sogenannten „Gastronomischen Verbandes“, einer Vereinigung der Berliner Lokalvereine, führten. Auch am Kampfe gegen die Innung in Berlin, die beschlossen hatte, von den Angestellten einen Betrag von 2 Mk. zur Erhaltung des Arbeitsnachweises der Innung zu erheben, war die Hauptverwaltung hervorragend beteiligt. Ein Protest beim Berliner Magistrat bewirkte die Aufhebung des Beschlusses.

Die Mitgliederbewegung des Verbandes weist langsame, aber stetige Fortschritte auf. Der Verband hatte am

1. Januar	1898	915 Mitglieder
1. "	1900	1387 "
1. "	1902	1973 "
1. "	1904	2704 "
31. Dezember	1905	3903 "

Die Zahl der Ortsverwaltungen betrug 1898: 9, 1900: 12, 1902: 18, 1903: 32, 1905: 43. In den letzten beiden Geschäftsjahren wurden 4557 Mitglieder aufgenommen, wovon jedoch 2408 dem Verbande wieder verloren gingen.

Diese Entwicklung sei nicht befriedigend; es müsse versucht werden, die Agitation noch umfassender zu betreiben. Leider sei die Zahl der Kräfte, die dem Vorstand zur Agitation zur Verfügung standen, nur eine bescheidene. Einem Beschlusse des letzten Verbandstages Rechnung tragend, wurde die Agitation auch auf die Kollegen ausgedehnt, die alljährlich zu Tausenden in Wädern konditionieren, wodurch Mitglieder erhalten und neue gewonnen wurden; große Erfolge wurden jedoch nicht erzielt. Es wird deshalb die Frage aufgeworfen, ob es nicht zweckmäßig sei, auch an den Saisonplätzen mit Versammlungen vorzugehen. Als Agitationsmaterial sind den Ortsverwaltungen 25 000 Flugblätter und 10 000 Exemplare der Broschüre über die Bundesratsverordnungen zum



Schutz der Gastwirtsgehülfen zur Verfügung gestellt worden. Die Arbeitsnachweise und Stellenvermittlungen des Verbandes haben 3372 feste und 128 574 Aushülfsstellen vermittelt, wodurch den Mitgliedern nach den ortsüblichen Gebühren 87 175,90 Mk. erspart wurden, die sonst den Stellenvermittlern hätten gezahlt werden müssen. Wiederholt mußte der Vorstand vor verfrühten Arbeitsnachweisgründungen warnen, wo man beabsichtigte, den Verband auf einem Arbeitsnachweis aufzubauen. Wo die Mahnungen des Vorstandes nicht beherzigt wurden, habe sich sehr oft gezeigt, daß die Organisation unter solchen Voraussetzungen keinen dauernden Bestand hat. Der Kampf gegen die gewerbsmäßige Stellenvermittlung wurde mit Nachdruck geführt und Verstöße gegen das Gesetz zur Anzeige gebracht. Leider wurde über den Erfolg dieser Anzeigen nichts bekannt. Die Stellenvermittler ziehen es stets vor, die geringen Polizeitrafen zu zahlen und in der gleichen Weise weiter zu „arbeiten“, wozu sie noch besonders durch die vielfachen freisprechenden gerichtlichen Urteile ermuntert wurden. In gleicher Weise mußte der Kampf gegen die „gewerbsmäßigen“ Bureauchefs der Bündler und Genfer geführt werden. Für den Kampf gegen die Stellenvermittler hat auch die Wiesbadener Arbeitsnachweis-Konferenz, auf der der Verband vertreten war, schätzenswertes Material zutage gefördert. Die Gutachten, die gegenwärtig das preußische Handelsministerium von den Handelskammern über diese Angelegenheit einfordert, dürften als Resultat dieser Konferenz zu betrachten sein.

Seit Jahren haben die Kellner der Rheindampfer über unwürdige Arbeitsverhältnisse zu klagen. Die Hauptverwaltung wandte sich an die Direktion und den Aufsichtsrat dieser Gesellschaft, wurde aber abschlägig beschieden. Es wird darauf hingewiesen, daß den Zuständen auf den Rheindampfern nur dann ein Ende bereitet werden können, wenn die Organisation genügend erstarkt ist, um den Forderungen der Kollegen mehr Nachdruck verleihen zu können.

Die Hoffnung des Grafen Rosadowsky, daß sich bei den Gastwirten nach und nach das sozialpolitische Verständnis einstellen werde, hat sich nicht erfüllt. Nach wie vor wird von denselben die Bundesratsverordnung nicht nur umgangen, wie die Gewerbeaufsichtsberichte beweisen, sondern sogar ihre Beseitigung beziehentlich Verschlechterung gefordert. Auch die Handelskammern wurden diesen reaktionären Zwecken dienstbar gemacht. Neuerdings verlegten die Herren ihre Opposition in den preußischen Landtag, wo sie die volle Unterstützung der Konservativen und Liberalen fanden. Die Regierungsvertreter beantworteten diese Opposition mit der vielversprechenden Erklärung, daß die bisher gemachten Abänderungsvorschläge zur Bundesratsverordnung ungenügend seien. Diese fortgesetzten Treibereien veranlaßten die Hauptverwaltung, an Bundesrat und Reichstag eine Petition zu richten, in der nicht nur eine schärfere Durchführung, sondern eine Erweiterung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gefordert wird. Meinungsverschiedenheiten herrschten darüber, ob die Bundesratsverordnung auch auf die Bahnhofswirtschaften Anwendung findet. Durch verschiedene Entscheide des Kammergerichts und anderer Gerichtshöfe ist entschieden worden, daß Restaurationen auf den Bahnhöfen Teile des Eisenbahnunternehmens sind, demnach die Bestimmungen des § 6 der Gewerbeordnung auf diese

keine Anwendung finden. Wenn auch der preußische Eisenbahnminister und auch die sächsische Eisenbahndirektion die verschiedenen Direktionen angewiesen hat, die Bundesratsverordnung auch auf die Bahnhofswirtschaften „sinngemäß“ anzuwenden, so ist doch damit für Tausende von Kollegen das bisherige Arbeiterschutz, um das ein ganzes Jahrzehnt gekämpft wurde, zunichte gemacht. Ein Recht der Gehülfen, eine durch Gesetz vorgeschriebene Pflicht des Unternehmers besteht nicht. Weder Polizei noch Fabrikinspektoren haben in den Bahnhofswirtschaften etwas zu suchen; die Kontrolle darüber ist den Stationsvorstehern und den sonstigen Aufsichtsbeamten der Eisenbahndirektionen vorbehalten.

Von regelrechten Lohnbewegungen konnte bisher im Gastwirts-gewerbe nicht gesprochen werden. Noch war der Verband zu schwach dazu; immerhin hat er schon die ersten Versuche hinter sich und die Feuerprobe in Berlin, Breslau, Königsberg gut bestanden. Die 1894 eingesetzte Sachkommission ist aufgelöst, da nach dem Sachkongreß vom 6. bis 9. März 1900 ein ersprießliches Arbeiten mit den Bündlern und Genfern nicht mehr möglich war.

Der Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges hat sich der Verband ebenfalls angeschlossen und an deren Arbeiten teilgenommen.

Internationale Verbindungen konnten erst mit den Kollegen in England angeknüpft werden, wo der Verband auch zwei Zahlstellen in London und Bath hat. Mit den Kollegen in Oesterreich, Frankreich, Belgien, Holland und Serbien sollen in nächster Zeit Anknüpfungspunkte gesucht werden. Durch das Internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landescentralen soll eine Umfrage vorgenommen werden, ob und in welchen Ländern Organisationen der Gastwirtsgehülfen bestehen.

Der Kassenbericht weist eine Gesamteinnahme (inkl. eine Kassenbestandes von 21 020,88 Mk. aus der vorhergehenden Geschäftsperiode) von 156 381,77 Mk. auf, der eine Ausgabe von 113 745,22 Mk. gegenübersteht; es war demnach am 31. Dezember 1905 ein Kassenbestand von 42 636,55 Mk. vorhanden. Aus den Ausgaben sind folgende Posten erwähnenswert: Fachorgan 13 300 Mk., Krankenunterstützung 16 372 Mk., Reiseunterstützung 606,85 Mk., Unterstützung in außergewöhnlichen Notfällen 900,10 Mk., Streik- und Gemäßregeltenunterstützung 391 Mk., an Angehörige verstorbenen Mitglieder 990 Mk., Rechtsschutz 1049,69 Mk., Darlehen an Mitglieder 3074,30 Mk., Arbeitsnachweis-kosten 10 752,65 Mk., Prozeßkosten 223,35 Mk., Unterstützung an andere Gewerkschaften 1445 Mk., Beteiligung an Klub- und Gewerkschaftshäusern 1561,92 Mk. Die Diskussion über den Bericht der Hauptverwaltung, an den sich auch der des Ausschusses anschloß, endete mit der Dechargeerteilung für die leitenden Personen. Beschlossen wurde die Herausgabe eines Leitfadens für die Ortsverwaltungen. Neugegründete oder schwache Ortsverwaltungen dürfen erst dann Arbeitsnachweise errichten, wenn die Hauptverwaltung ihre Zustimmung erteilt hat.

Einen großen Teil der Verhandlungen nahm der Punkt Agitation in Anspruch. Im Referat des Vorsitzenden und in der Diskussion wurden alle der Agitation entgegenstehenden Schwierigkeiten dargelegt. Die Behandlung dieses Punktes endete mit dem Beschlusse, den Beitrag von 30 auf 40 Pf. zu erhöhen. Ferner wurde der Vorstand beauftragt, das Verbandsgebiet in fünf Gaue einzuteilen, an deren Spitze je ein Gauvorstand steht. Die Gaue treten

in den Jahren, in den kein Verbandstag stattfindet, zu Gaukonferenzen zusammen. Für den Gau Rheinland und Westfalen wird ab 1. Januar 1907 von der Hauptverwaltung ein besoldeter Gauleiter angestellt, den übrigen Gauen sollen die erforderlichen Zuschüsse zur Agitation zur Verfügung gestellt werden. Endlich sollen in der Hauptverwaltung außer dem Vorsitzenden, der zugleich Redakteur des Verbandsorgans ist, und dem Kassierer, noch zwei weitere Beamte angestellt werden. Von dem Beitrag von 40 Pf. sollen 15 Pf. den Ortsverwaltungen verbleiben, während 25 Pf. an den Hauptvorstand abzuliefern sind.

Der Punkt Organisation wurde mit drei Referaten über: „die Organisierung des Hilfspersonals, der weiblichen Angestellten und Doppelorganisationen eingeleitet. Der erste Referent empfahl, das Hilfspersonal in Branchensektionen zusammen zu fassen und Staffelbeiträge im Verbands einzuführen.

Ein interessantes Referat hielt die Vertreterin der Münchener Kellnerinnen über die Organisation der weiblichen Angestellten. Nachdem Rednerin erjucht hatte, die süddeutschen Kellnerinnen nicht mit den Norddeutschen zu vergleichen und die Voreingenommenheit gegen weibliche Kollegen abzustreifen, schilderte sie die Lage derselben, betonend, daß diese in noch höherem Maße als die männlichen Kollegen die Opfer der Vermittler und Wirte sind. Es sei keine Seltenheit, daß eine Kellnerin für eine Stelle in besseren Häusern 20—100 Mk. und noch darüber zahlen müsse. In größeren Wirtschaften erhalten dieselben in der Regel keinen Lohn, in kleineren einen solchen von 10—12 Mk., aber nicht nur von diesem geringen Lohn müssen die Kellnerinnen verschiedene Ausgaben bestreiten, die ihnen die Unternehmer auferlegen, sondern auch dort werden ihnen solche auferlegt, wo gar kein Lohn gezahlt wird. Im Café Habsburg in München erhalten die Kellnerinnen weder Lohn noch Speisen und Getränke, für letztere müssen sie sogar dieselben Preise bezahlen wie die Gäste; die Angestellten sind demnach nicht nur die Lohnsklaven der Wirte, sondern auch noch deren Gäste. Die Ausbeutung der Kellnerinnen wird aber noch dadurch gesteigert, daß sie für die Aufbewahrung ihrer Garderoben und auch für die Verriichtung der Notdurft bezahlen müssen. Der Verein der Münchener Kellnerinnen, der früher der bürgerlichen Frauenbewegung angeschlossen war, hat bald eingesehen, daß von dieser Seite nichts geschieht, um die Lage der Angestellten zu verbessern. Die Erkenntnis, daß eine Organisation auf bürgerlicher Grundlage den Kellnerinnen nichts nützt, führte zum Anschluß an den Verband deutscher Gastwirtsgehülfsen, der zwar schweren Herzens erfolgte, da man das Vorurteil der Männer kannte. Die Referentin gab ihrer Freude Ausdruck über das Verständnis der männlichen Kollegen für die Organisation der weiblichen Angestellten und betonte, daß, so lange wie Männer und Frauen im Kellnerberufe zusammen arbeiten, sie auch zusammen in eine Organisation gehören; ist das erreicht, dann werden die Kellner auch nicht mehr die Konkurrenz der Kellnerinnen zu fürchten brauchen. Der Münchener Verein, der zur Zeit des Anschlusses 20 Mitglieder zählte, heute dagegen zirka 300, werde bestrebt sein, sich als ein würdiges Glied in der deutschen Gastwirtsgehülfsenbewegung zu erweisen.

Alle Anträge die zur Organisierung der Hilfsarbeiter und weiblichen Angestellten vorlagen, wurden einer Kommission überwiesen, auf deren Vorschlag folgendes beschlossen wurde: „Der Beitrag für

weibliche Angestellte und Hilfsarbeiter beträgt 30 Pf. pro Woche, unter Beibehaltung der bisherigen Unterstützungssätze.“ „Zur Förderung einer intensiven Agitation können in den größeren Orten soweit als tunlich Branchen-Sektionen für die weiblichen Angestellten und Hilfsarbeiter gebildet werden.“

Die Doppelorganisation betreffend, wurde auf Vorschlag der Kommission folgendes beschlossen:

„Personen, welche alljährlich ununterbrochen länger als 6 Wochen oder dauernd etwa als Aushülfskellner, Büfettier, Papster usw., im Nebenberuf im Gastwirtsgerberbe tätig sind, sind verpflichtet, sich dem Verbands deutscher Gastwirtsgehülfsen anzuschließen. Andererseits ist darauf zu dringen, daß Mitglieder, die außer im Gastwirtsgerberbe, auch noch in einem anderen Beruf in dem oben angegebenen Umfang Beschäftigung finden, ebenfalls der für diesen Beruf zuständigen Organisation beitreten.“

Bezüglich des Uebertritts aus anderen Organisationen wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Mitglieder, die sich bei ihrer bisherigen, dieselben Ziele verfolgenden Organisation, infolge Berufswechsel, abgemeldet und ihre Beiträge bezahlt haben, sind beim Uebertritt in den Verband vom Eintrittsgeld befreit. Die Dauer der Mitgliedschaft in der bisherigen Organisation ist in der Weise anzuzurechnen, daß die geleisteten regelmäßigen Beiträge summiert und auf die Beiträge, die im Verbands festgesetzt sind, umgerechnet werden. Die durch die Umrechnung sich ergebende Mitgliedsdauer kommt dann auf die im Verbands vorgesehene Karenzzeit für alle vorhandenen Unterstützungseinrichtungen in Anrechnung. Für solche Personen, die dauernd in zwei Berufen tätig und demzufolge verpflichtet sind, beiden in Betracht kommenden Berufsorganisationen anzugehören, finden obige Bestimmungen keine Anwendung, sondern müssen diese Eintrittsgeld bezahlen und auch die Karenzzeiten wie jedes neu eintretende Mitglied durchmachen.“

Ueber die Organisation der Kellner auf internationaler Grundlage referierte der Delegierte der Mitgliedschaft in London. Alle hierauf bezughabenden Anträge wurden ebenfalls einer Kommission überwiesen, die sich auf nachstehende Resolution einigte, die einstimmig angenommen wurde:

„In außerdeutschen Ländern, wo bereits Organisationen für die Angestellten im Gastwirtsgerberbe vorhanden sind, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, hat die Gründung von Ortsverwaltungen des Verbandes Deutscher Gastwirtsgehülfsen zu unterbleiben und hat hier die Hauptverwaltung dahin zu wirken, mit den betreffenden Organisationen Kartellverträge abzuschließen. In Ländern, wo solche nicht vorhanden sind, kann im Einverständnis mit der Hauptverwaltung die Gründung von Ortsverwaltungen vorgenommen werden, wenn die Vorbedingungen hierfür günstige sind.

Den in solchen Ländern bestehenden bzw. noch entstehenden Ortsverwaltungen kann (immer im Einverständnis mit der Hauptverwaltung) gestattet werden, eine entsprechende Namensänderung vorzunehmen und ein in außerdeutscher Sprache gehaltenes Propagandablatt herauszugeben, zu dessen Herstellung die Hauptverwaltung eventl. Zuschüsse leisten kann. Errichtet die Londoner Ortsverwaltung ein Klubhaus, so kann die Hauptverwaltung, falls sie sich von der Zweckmäßigkeit des betreffenden Unternehmens überzeugt hat, einen Zuschuß bis zur Höhe von 2000 Mark leisten.

Sollte der Zuwachs an Mitgliedern in England es notwendig machen, so kann auch ein Zusammenschluß der dortigen Ortsverwaltungen — entsprechend der für Deutschland beschlossenen Gaueninteilung — vorgenommen und ein besoldeter Beamter angestellt werden.“

Beim Punkt „Bäritätische Arbeitsnachweise“ wurde sowohl vom Referenten wie von den Diskussionsrednern betont, daß man auch im Verbands deutscher Gastwirtsgehülfsen den früheren allgemein gültigen Standpunkt, daß der Arbeitsnachweis einzig und allein in die Hände der

Arbeiter gehöre, verlassen habe, und die Errichtung derselben auf paritätischer Grundlage für das richtige halte. Nachdem auch der als Gast anwesende Direktor des internationalen Vereins der Hotelbesitzer den paritätischen Arbeitsnachweisen das Wort geredet hatte, wurde nach lebhafter Diskussion folgende Resolution des Referenten angenommen:

Die vom Verband Deutscher Gastwirtsgehilfen seit dessen Bestehen mit Energie bekämpfte gewerbsmäßige Arbeitsvermittlung im Gastwirtsgewerbe hat nicht beseitigt werden können.

Mehr und frivoler als je wird die Ausbeutung Stellensuchender von Einzelpersonen sowie von Vereinen und Gesellschaften betrieben, welche unter dem Deckmantel der Humanität gegründet wurden. Der ungeheure Verlust an Nationalvermögen, sowie der Zustand der Unruhe und Unsicherheit, der durch die gewerbsmäßige Stellenvermittlung hervorgerufen wird, ist auch in keiner Weise beschränkt oder beseitigt worden durch die neueren Ergänzungsbestimmungen zur Gewerbeordnung seitens der einzelstaatlichen Regierungen. Es steht vielmehr fest, daß die gewerbsmäßigen Stellenvermittler und Stellenvermittlungskorporationen es verstanden haben, sich den bestehenden Gesetzen anzupassen, bezw. diese zu umgehen.

Unter den obwaltenden Umständen anerkennt der vierte Verbandstag die von der vom 9. bis 11. November 1905 in Wiesbaden zusammengetretenen Arbeitsnachweis-Konferenz festgelegten Grundsätze als einen Weg zur Beseitigung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung und beschließt: In solchen Orten, wo ein städtischer, bezw. öffentlich-rechtlicher Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage besteht oder errichtet werden soll, unterstützt der Verband Deutscher Gastwirtsgehilfen mit Nachdruck alle Bestrebungen, welche eine Arbeitsvermittlung auf volkstümlicher und breiter Grundlage garantiert. Insonderheit wird der Verband dafür eintreten, daß durch Mehrheitszustimmung der anwesenden Gastwirte- und Angestelltenvereine die Gründung eigener Vereins-, Innungs-, etc. Arbeitsnachweise unterbleibt, beziehungsweise dieselben zugunsten des gemeinsamen Arbeitsnachweises aufgehoben werden.

Der örtliche Centralarbeitsnachweis ist durch eine besondere Fachabteilung für das Gastwirtsgewerbe zu ergänzen, deren Geschäftsführung von gastwirtschaftlichen Fachleuten auszuüben ist.

Die Statutenberatung führte zu folgenden Beschlüssen: „Der Rechtsschutz wird auf Streitigkeiten mit gewerbsmäßigen Stellenvermittlern ausgedehnt.“ „Bei Wiederaufnahme kann die Mitgliedschaft auch durch Nachzahlung der Beiträge erworben werden, jedoch muß auch in diesem Falle die statutengemäße Karenzzeit bei Anspruch auf Unterstützung durchgemacht werden.“ „Verjähren es Mitglieder, die über 5 Jahre dem Verbande angehören, ihre Beiträge zu bezahlen, so treten dieselben wieder in den Genuß der vollen Rechte, sobald ein Jahr nach erfolgter Nachzahlung verstrichen ist.“ „Auf den Verbandstagen müssen auch die angestellten Beamten des Hauptvorstandes außer einem Vertreter des Ausschusses und Revisionskommission anwesend sein.“ „Einen außerordentlichen Verbandstag können der Hauptvorstand oder  $\frac{1}{3}$  der Zahlstellen oder  $\frac{1}{3}$  der Mitglieder des Verbandes beantragen.“

Bei der Beratung des Unterstützungsreglements wurden nur wenige Änderungen vorgenommen, soweit sich solche durch die Geschäftspraxis notwendig gemacht haben. Die Reiseunterstützung beträgt wie bisher pro Tag 1 Mk. und darf für mehr als fünf Tage von einer Zahlstelle nicht ausbezahlt werden. In einem Jahre können bis zu 30 Mk. erhoben werden. Die Krankenunterstützung wird vom ersten Tage an gewährt, beträgt pro Tag 1 Mk. und wird nach entsprechender Karenzzeit bis zu 91 Mk. ausbezahlt. Das Sterbegeld beträgt für ledige Mit-

glieder nach zweijähriger Mitgliedschaft bis zu 50 Mk., für Verheiratete mit entsprechender Steigerung bis zu 100 Mk.

Ferner wurden noch folgende Beschlüsse gefaßt: Der Vorstand soll bis zum nächsten Verbandstage eine Statistik aufnehmen, wie viel Mitglieder vom Auslande zureisen, um festzustellen, ob die Bewegung im Auslande keine vorübergehende ist.

Der Vorstand wurde ferner beauftragt, Maßnahmen zu treffen, daß in Garnisonstädten von seiten der Militärverwaltung Mannschaften zu Arbeitsleistungen in Gast- und Schankwirtschaften nicht mehr abgegeben werden. Gleiche Schritte sollen getan werden gegen die Arbeiten von Staats- und Kommunalbeamten.

Die Arbeitsvermittlung darf allerorts nur unter Kontrolle der Ortsverwaltungen stattfinden.

Der bisherige Vorsitzende, zugleich Redakteur des Verbandsorgans, und der Kassierer wurden einstimmig wiedergewählt. Die Gehälter wurden wie folgt festgesetzt: Die neuanzustellenden Beamten erhalten ein Anfangsgehalt von 1800 Mk., das selbe steigt um 100 Mk. pro Jahr bis zur Höhe von 2400 Mk. Das Gehalt des Kassierers wurde von 2400 auf 2700 Mk. erhöht, das des Vorsitzenden beträgt 180 Mk. pro Monat. Die alten Beamten erhalten einen Urlaub von 4 Wochen, die neuen einen solchen von 14 Tagen pro Jahr.

Die Statutenbestimmungen, die Leistungen und Gegenleistungen des Verbandes betreffend, treten am 1. Januar 1907 in Kraft.

Der nächste Verbandstag findet im Jahre 1908 in Leipzig statt.

### Erste nordbayerische Gewerkschaftskonferenz.

In den letzten Jahren sind an die Generalkommission in einer steigenden Weise aus Industrieorten und Industriezentren des nördlichen Bayerns Anforderungen in bezug auf Agitation (Zuschüsse zu Agitationsreisen, Anstellung von Beamten für die Agitation, Errichtung von Sekretariaten usw.) gestellt, denen auch, soweit die Förderung der Agitation in Frage kam, zum Teile entsprochen wurde. Um jedoch in diese Agitationsarbeit System zu bringen und unrationelle Ausgaben zu vermeiden, regte die Generalkommission an, für diesen ganzen Agitationsbezirk eine Kommission einzusetzen, welche die einzelnen Anträge auf ihre Zweckmäßigkeit usw. prüfen und überhaupt die Agitation mehr in geregelte Bahnen lenken soll. Diese Kommission, die ihren Sitz in Nürnberg hat, ist inzwischen errichtet worden.

Auf Veranlassung dieser Agitationskommission fand am 12. April in Nürnberg eine Konferenz statt, zu der alle in Bayern domizilierten Gau- und Agitationsleiter der verschiedenen Gewerkschaften geladen und größtenteils auch erschienen waren. Auch die Generalkommission hatte einen Vertreter geschickt. Es handelte sich in erster Linie darum, daß diese in der praktischen Agitation stehenden Genossen ihre Erfahrungen austauschen, sich gegenseitig in der Agitation unterstützen und sich bemühen sollen, Anknüpfungspunkte und event. Adressen auch für die übrigen in Betracht kommenden Organisationen zu sammeln und davon den zuständigen Gau- und Agitationsleitern Kenntnis zu geben. Auch die in letzter Zeit lebhaft einsetzende Zersplitterungstätigkeit der „Christlichen“ nötige zu einer Aussprache über die Erfahrungen, die man mit der Agitationsarbeit und Art derselben gemacht habe.

Der Vertreter der Agitationskommission, Dorn, hob hervor, daß die Kommission nicht beabsichtige, irgendwie in die Befugnisse der Gauleiter einzugreifen. Es handle sich lediglich darum, die allgemeine Gewerkschaftsbewegung durch gemeinsames Zusammenwirken nach Möglichkeit zu fördern.

In der Diskussion wurde mehrfach auf das organisationszerstörende Wirken der sogenannten christlichen Agitatoren hingewiesen, die auch in diesem Bezirk sich in wiederholten Fällen nicht gescheut haben, die von ihnen irreführenden Arbeiter zum Streibuch zu veranlassen. Vielfach würden diese Dienste dem Unternehmertum von den Ortsgeistlichen selbst erwiesen, wie diese auch vielfach beim Stattfinden gewerkschaftlicher Versammlungen sogenannte Demonstrationssammlungen veranstalten. Es mangle den Kartellen an den nötigen Mitteln; das Geld, das hierfür ausgegeben würde, sei nicht unnütz ausgegeben.

Mehrfach sei es auch vorgekommen, daß die christlichen Agitatoren erst zu den Fabrikanten gingen, um denselben mitzuteilen, daß sie beabsichtigten, eine „christliche“ Organisation zu gründen. An der Hand verschiedener Beispiele konnte jedoch nachgewiesen werden, daß die Christlichen hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl unbändig aufschneiden. Als notwendig wurde es bezeichnet, daß in diesen Gegenden eine Kraft hingestellt wird, welche den Quertreibereien der Christlichen stets sofort entgegentreten kann. Die Erhaltung des Sekretariats in Kronach sei dazu das geeignetste Mittel. Von anderer Seite wurde die Verbreitung von Flugblättern in genügender Zahl als geeignetes Mittel zur Aufklärung bezeichnet. Daß jetzt auch in Bayern der Kampf zwischen freien und christlichen Gewerkschaften scharfer entbrenne, sei auch auf den politischen Kampf zwischen Sozialdemokratie und Centrum zurückzuführen. So lange man Kompromißpolitik getrieben habe, habe man uns notgedrungen etwas entgegenkommender behandeln müssen. Was jetzt auf dem Gebiete der christlich-gewerkschaftlichen Agitation in die Erscheinung trete, sei nur das letzte Aufgebot des Centrums. Auch der Plan einer Broschüre gegen die gegnerischen Organisationen tauchte hier wieder auf. Die Broschüre des Holzarbeiterverbandes in bezug auf den Kölner Streik habe eine gute Wirkung ausgeübt. Die Zweckmäßigkeit der Errichtung der Agitationskommission wurde von mehreren Rednern anerkannt. Weiter wurde das Verlangen ausgesprochen, daß die Generalkommission auch für den Bayerischen Wald, den Allgäu, Oberpfalz und Oberfranken Mittel zur Agitation bereitstellen solle. Es müssen zu diesem Zwecke kombinierte Agitationstouren stattfinden; einzelne Versammlungen hätten keinen großen Wert. Es sollte hierüber eine Verständigung der Generalkommission mit den für das Gebiet in Betracht kommenden Organisationen herbeigeführt werden. Auch durch Errichtung von Sekretariaten in den größeren Industrieorten, zu denen die Generalkommission ebenfalls einen Zuschuß zu leisten hätte, versprechen sich einzelne Redner Erfolge. Mehrere Redner berichteten auch über Fälle, wo es durch eine geschickte Heranziehung der christlich-organisierten Arbeiter bei Lohnbewegungen gelungen sei, dieselben fast bis auf den letzten Mann zu unseren Organisationen herüberzuziehen. Hervorgehoben wird noch, daß die Verunglimpfungen der Gewerkschaftsführer durch die Parteipresse den Christlichen als Material gegen die freien Gewerkschaften gedient habe. Man solle auch nicht in den Statistiken über das Abonnement der Arbeiterpresse und Zugehörigkeit zur Partei-

organisation die noch nicht genügend aufgeklärten Arbeiter als „schlechte Kerle“ hinstellen. Das habe sehr schon geschadet. Ueber die Abhaltung allgemeiner Gewerkschaftsversammlungen und den Nutzen derselben stehen sich die Anschauungen der Konferenz diametral gegenüber. Betont wird auch, daß die Kartelle hier und da nicht den Gauleitern genügend entgegen kämen.

Gegenüber einem aus der Konferenz erhobenen Vorwurf, daß das Kronacher Sekretariat zu wenig leiste, erklärt der Vertreter desselben, daß dasselbe im vorigen Jahre 127 Versammlungen veranstaltet habe.

Eine Anzahl Redner und nicht zum wenigsten solche, die sich ebenfalls mit den Christlichen herum-schlagen müssen, stellen sich auf den Standpunkt, daß man denselben eine viel zu große Bedeutung beimesse. Wohl solle man sie zu allen Lohnbewegungen heranziehen, damit sie Farbe bekennen müssen. Bei der Art und Weise, wie diese Leute arbeiten, können sie sich auf die Dauer nicht halten. Was sie für die Arbeiter Sache zu leisten unterlassen und was sie an Schlichtigkeiten ausüben, muß schließlich zu unseren Gunsten ausschlagen. Auch eine Broschüre könne hier nicht helfen. Das nötige Material für die Agitation können und müsse sich jeder selber beschaffen.

Der Vertreter der Generalkommission sprach sich gegen die Herausgabe der gewünschten Broschüre aus; auch in Köln habe man dieselbe abgelehnt. Das Blatt, das zur Zeit in Düsseldorf an Stelle der gewünschten Broschüre erscheine, könne zur Nachahmung nicht anreizen. Auch könne die Generalkommission unmöglich allen an sie herantretenden Anforderungen in Bezug auf Zuschüsse für anzustellende Beamte oder Errichtung von Sekretariaten entsprechen. Es sei ein Irrtum, wenn man Südbayern und die übrigen besonders hervorgehobenen Landesteile mit dem Saargebiet und Oberschlesien vergleiche. Hierin sei die Generalkommission übrigens auch durch Kongreßbeschlüsse gebunden. Was dagegen die allgemeine Agitation anbetrifft, so habe da die Generalkommission schon bisher ihr Möglichstes getan und werde es auch fernerhin tun. Möglicherweise, wenn die Bewegung im nördlichen Bayern noch etwas erstarkt ist, kann man dort an die Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs denken. Wenn aber gesagt wurde, daß im Allgäu für einzelne Berufe noch 10 000 und mehr Arbeiter in Frage kommen, dann sei es Sache der hier in Betracht kommenden Organisationen, für die Anstellung von Beamten zu sorgen.

Der Antrag betreffs Herausgabe einer Broschüre wird sodann abgelehnt. Der Vorsitzende faßt die Ergebnisse der Verhandlungen dahin zusammen, daß allgemein die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens und gegenseitiger Unterstützung in der Agitation anerkannt wird. Ferner soll die Agitationskommission Winke und Anregungen geben für die Agitation in den zurückgebliebenen Orten und Gegenden, im Einverständnis mit den in Betracht kommenden Organisationsinstanzen. Bei gemeinsamer Agitation ist möglichst Rücksicht zu nehmen auf die einzelnen Berufe. Von den zur Ausgabe gelangenden Flugblättern sind je zwei Exemplare an die Agitationskommission abzugeben für den Fall, daß das gesamte Agitationsmaterial einmal zusammengestellt oder neu bearbeitet werden soll.

Damit hatten die Verhandlungen der Konferenz ihren Abschluß erlangt.

## Lohnbewegungen und Streiks.

### Streiks und Aussperrungen.

Im Berliner Buchbindergewerbe sind ca. 1000 Arbeiter seit zwei Wochen ausgesperrt, angeblich wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai. Indessen ist die Maifeier nur ein Vorwand, der den Unternehmern gut zustatten kam. Der für die drei Centren der deutschen Buchbinderei abgeschlossene Tarifvertrag ist August d. J. abgelaufen und die organisierten Unternehmer wollten zwar den Tarif weiter abschließen, aber ohne irgend welche Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Arbeiter zu bewilligen. Da nun die Arbeiter zweifelsohne sich hierauf nicht einlassen würden, haben die Scharfmacher alles daran gesetzt, um es schon vor Ablauf des bestehenden Tarifs zum Kampf zu treiben, weil für sie der jetzige Zeitpunkt weit günstiger ist als der Herbst. Sie griffen daher die Gelegenheit, die sich durch die Maifeier bot, auf, um einen Schlag gegen die Organisation zu führen, ihre Aktionskraft für den Herbst lahmzulegen. Sie hoffen damit für die Folge die Lohn- und Arbeitsverhältnisse selbst diktieren zu können. So erklärten sie einfach, durch die Feiern am 1. Mai sei der Tarifvertrag für Berlin als aufgelöst zu betrachten.

Nach Durchführung der Aussperrung in Berlin gilt es ihnen, den Tarifvertrag auch in Leipzig und Stuttgart außer Kraft zu setzen. Da hier die Maifeier keinen Angriffspunkt bot, haben die Herren einen anderen Weg gefunden: Sie senden einen kleinen Teil der Berliner Arbeit, die infolge der Aussperrung nicht ausgeführt werden kann, zunächst nach Leipzig, wo sie als Streikarbeit angefertigt werden soll. Sie rechnen nun damit, daß die Arbeiter hier die Anfertigung dieser Streikarbeit ablehnen sollen, um somit auch hier sogleich den Kampf zu beginnen.

Eine raffiniertere Taktik hätten die Unternehmer schwerlich ausfindig machen können; aber sie werden ebenso schwerlich Erfolge dabei erringen. Mit einem Unternehmertum, das mit solcher Unverfrorenheit sich über getroffene Vereinbarungen hinwegsetzt, kann man eben keine Tarifverträge abschließen. Die Unternehmer werden sich daher noch einmal überlegen müssen, ob sie durch weiteres Befolgen dieser Taktik die Arbeiter des Buchbindergewerbes aus Tariffreunden zu Tarifgegnern machen wollen.

### Tarif- und Lohnbewegungen.

Die Steinsekerinnungen Deutschlands werden auf ihrem am 23. Mai in Halle a. S. stattfindenden Innungsverbandstage sich mit der Frage eines allgemeinen Landestarifbes befassen. Bekanntlich hatte bereits vor etwa zwei Jahren der Verband der Steinseker eine Denkschrift ausgearbeitet und den Innungen unterbreitet, in der die Zweckmäßigkeit einer allgemeinen Tarifvereinbarung klargestellt wurde. Damals freilich wollten die Innungen davon wenig oder nichts wissen, sie glaubten ohne Tarif weiter zu kommen. Die Erstarkung der Arbeiterorganisation und ihre mit immer größerer Energie durchgeführten Aktionen haben schließlich die Unternehmer eines Besseren belehrt. Im vorigen Jahre wurden allein Tarife für etwa 70 Orte durchgeführt und die Tarif- und Lohnbewegung dieses Jahres läßt durchaus nicht an Intensität zu wünschen übrig. Hierbei kommt die günstige Konjunktur den Ar-

beitern sehr zur Hilfe. Fast über ganz Deutschland wird im Straßenbau emsig gearbeitet. Um nur ein paar Beispiele zu nennen, sei hier auf die Städte Nordhausen, Breslau und Fürstenwalde hingewiesen, die zusammen einen Betrag von 1770 000 Mk. für Straßenbauten in diesem Jahre ausgeworfen haben.

Unter diesem Gesichtswinkel ist nun ein Schreiben des Vorstandes des Bundes deutscher Steinsekerinnungen an den Verband der Steinseker zu betrachten, worin mitgeteilt wird, daß der Bundestag in Halle sich mit der Frage des Landestarifbes befassen wird und den Vorstand des Steinsekerverbandes einladet, an diesen Verhandlungen durch eine Delegation teilzunehmen. Dieser Einladung wird der Vorstand des Steinsekerverbandes natürlich Rechnung tragen und steht zu erwarten, daß nunmehr die Frage des Centratarifs im Steinsekergerberbe ihrer einstweiligen Lösung entgegen gehen wird. Die Organisation der Arbeiter des Steinsekergerberbes hat durch ihre Kampfesfähigkeit die Unternehmer des Gewerbes zur Anerkennung der Arbeiter als vertragsschließende Partei gebracht, womit auch die Frage des Landestarifbes spruchreif geworden ist.

Die Maler haben in Waizen einen dreijährigen Tarif abgeschlossen mit 9½stündiger Arbeitszeit und 40 Pf. Minimallohn für Maler. — Ein Tarif der Maler in Homburg v. d. S. wurde nach vierwöchigem Streik abgeschlossen. Festgelegt wurde die 9½stündige Arbeitszeit und ein Minimallohn von 44 Pf. bis 1. März 1907, von da an 45 Pf. pro Stunde.

### Die Streiks in Frankreich.

Die Achtstundenbewegung, welche mit dem 1. Mai einsetzte, hat einen großen Umfang angenommen, nicht nur in Paris, sondern auch in vielen großen Städten der Provinz. Es würde sicher verfrüht sein, heute schon ein abschließendes Urteil über die Bewegung fällen zu wollen. Tatsache ist indes, daß überall mit viel Enthusiasmus in diese Bewegung eingetreten wurde, die eine Menge von Industrien und Berufen trifft. Außer den schon früher genannten Buchdruckern und verwandten Berufen, den Gold- und Silberarbeitern, Juwelenschneidern usw., welche schon vor dem 1. Mai in die Bewegung traten, begannen auch die Lithographen, die Bauarbeiter aller Kategorien, die Metallarbeiter aller Branchen (Maschinenbauer, Klempner, Formner, Modelleure usw.), die Erdarbeiter, Holzarbeiter, Holzvergoldner, Waggonarbeiter, Schneider, Maler usw. am 1. resp. 2. Mai den Streik. Bisher ist die Bewegung ständig gewachsen und dehnt sich täglich noch mehr aus. Auch die Friseurgehülfen in Paris und in den Provinzen haben sich ihr angeschlossen. Sie verlangen die Einführung eines wöchentlichen Ruhetages und eine Stunde Pause zur Einnahme ihrer Mahlzeiten. Diese Forderungen haben die Arbeiter bisher bei 1033 Arbeitgebern von 2200 (in Paris) durchgesetzt. Als Ruhetag wird von den meisten Geschäften der Dienstag anerkannt, während die Geschäfte im Zentrum von Paris und auf den großen Boulevards den Ruhetag auf den Sonntag verlegt wünschen; hierüber ist noch keine definitive Verständigung erzielt; binnen kurzem muß hier aber die Entscheidung fallen.

Die Zahl der Holzarbeiter im Auslande vermehrt sich noch täglich, ebenso in der Metallindustrie 110 große Geschäfte der letzteren griffen zur Aussperrung und warfen noch 16 000 Mann mehr auf

Filaster. Namentlich die hier so hoch entwickelte Automobilindustrie ist von der Bewegung sehr betroffen, indes weigerten sich die Konstrukteure entschieden, auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen; weder 8 noch 9 Stunden wollen sie bewilligen; auch von der sogenannten englischen Woche (mit freiem Sonnabendnachmittag) von 54 resp. 55 Stunden und Lohn für 60 Stunden wollen sie nichts wissen. Auch lehnen sie jede Lohnerhöhung und die Beseitigung der Stückarbeit ab. Die Herren haben sich dann noch das gegenseitige Uebereinkommen geleistet, keinen Arbeiter ohne die Zustimmung ihrer (Arbeitgeber-) Organisation einzustellen.

Bei der Regierung wurden sie um Schutz vorstellig. Eine Delegation von mehr als 60 Konstrukteuren, die im ganzen etwa 40 000 Arbeiter beschäftigen, wurde zu diesem Zwecke nach dem Ministerium des Innern entsandt. Die Herren behaupteten, daß die Zahl der Aufwiegler usw. nur 5 Proz. aller ihrer sonst arbeitswilligen Arbeiter betrage. Es wurde ihnen der „Schutz“ ihrer Fabriken und der Arbeitswilligen zugesagt.

Die Zahl der Verhaftungen, die häufig ohne jeden Grund erfolgen, ist eine bedeutende, ebenso auch die der Ausweisungen, gegen welche namentlich die Sektionsleitung der Pariser Buchdrucker erfolgreiche Schritte unternahm. Eine Anzahl von aus Belgien bezogene Streikbrecher werden natürlich von der Polizei eifrig beschützt. Diese spielen die Kausseier in den großen Druckereien von Dupont.

Der Kampf der Buchdrucker um den Neunstundentag ist auf der ganzen Linie, das heißt in Paris und in den Provinzen entbrannt. In Paris begann die Bewegung teilweise am 17. April, in den meisten Druckereien indessen am folgenden Tage; anfänglich betrug die Zahl der austretenden Seher etwa 3000, jedoch verminderte sich die Zahl derselben in den nächsten Tagen bis auf 2500. Da die Drucker und Maschinenmeister wie die gesamten Hilfsarbeiter sich gleichfalls der Bewegung anschlossen, so stieg die Zahl der Austretenden auf mehr als das Doppelte. Eine Anzahl von Schriftgebern und die Korrektoren befinden sich gleichfalls im Streik; diese verlangen außer dem Neunstundentag 8 Frank per Tag, in Morgenzeitungen 11 Frank und in Abendzeitungen 9,50 Fr. Die Zahl der Druckereien, welche bewilligt haben, übersteigt schon 200, worunter sich auch eine gewisse Zahl von bedeutenden Geschäften befindet, indes bildet die Mehrzahl der großen Druckereien einen Bloc, welcher jetzt auch von der Bewilligung des Neunstundentages nichts mehr wissen will. Die Leitung der Bewegung seitens der Seherorganisation ist eine gute, während es damit bei den erst seit kurz vor dem Streik verschmolzenen drei Organisationen des Maschinenpersonals hapert. Auch eine ziemliche Anzahl von Seherinnen haben sich der Bewegung angeschlossen und wird es nach dem Streik hoffentlich gelingen, dieselben gut zu organisieren; sie werden wie die Nichtmitglieder mit 3 Frank täglich unterstützt; Mitglieder empfangen 4 Frank (3,20 Mk.).

In den Provinzen ist der Stand der Bewegung ein sehr guter. In 82 Sektionen (von 165) sind die Forderungen der Gehülfen fast ohne Streit durchgesetzt worden; es ist hier überall mit großer Disziplin gehandelt worden, während dies in Paris selbst nicht so der Fall war. Unter den Städten, welche bewilligt haben, befindet sich eine große Anzahl bedeutender. Nur in Marseille, Angers usw., und namentlich in Lille wird noch gekämpft; in letzterem

Orte ist das Personal von fast allen Druckereien ausgesperrt und beläuft sich die Zahl der Ausständigen auf etwa 2000.

Die Mitteilung des Internationalen Buchdruckersekretariats, daß für alle dem Sekretariat angeschlossenen Verbände eine Extrastener von 50 Centimes pro Mitglied und Woche ausgeschrieben sei, wodurch den kämpfenden französischen Buchdruckern eventuell wöchentlich eine Unterstützung von etwa 40 000 Frank gesichert würde, begrüßten die Streikenden in ihren täglichen Versammlungen mit großem Jubel. Diese praktische Betätigung der Solidarität in solchem Maßstabe wird hier von großer erzieherischer Bedeutung sein. Man fängt an, den viel geschmähten Verband der Bucharbeiter mit anderen Augen zu betrachten. Derselbe wird von den ihm durch das internationale Sekretariat zugehenden Mitteln auch die verwandten Berufe der Drucker und Maschinenmeister usw., wie andererseits wohl auch die Papierarbeiter unterstützen, weil diese sonst durch den Mangel an Mitteln gezwungen würden, den Kampf aufzugeben. Auch vor Empfang der Mitteilung des Sekretariats unterstützte der Verband schon die anderen Organisationen.

Die Zahl der letzteren, welche ihren Mitgliedern Unterstützung geben können, ist eine sehr geringe, weil man es meist für unnötig gehalten hatte, ausreichende Kampfmittel vorher anzusammeln. Die Konsumvereine liefern ihren streikenden Mitgliedern umsonst Brot und Milch (für die Kinder); eine Anzahl der Gewerkschaften haben die sogenannten „kommunistischen Suppen“ eingerichtet; bei vielen Arbeitern ist indes die Situation eine sehr kritische und erscheint es unter diesen Umständen schwer, den Kampf noch lange weiter zu führen. Die Sammlungen, welche jetzt während der Streiks inszeniert werden, können eben nicht viel einbringen.

Die Lithographen, die auch ganz ohne Mittel in den Kampf traten, erheben von ihren Mitgliedern, die zu den neuen Bedingungen arbeiten, einen Streikbeitrag von 25 Proz. des Verdienstes. Die Pariser Buchdrucker, von denen etwa drei Fünftel arbeiten, zahlen schon seit drei Wochen zehn Prozent ihres Verdienstes; außerdem hat nun das Verbandscomité für alle Mitglieder auch einen Extrabeitrag von 5 Proz. ausgeschrieben. Die Zahl der Streikenden wird jetzt auf 150 000 geschätzt und zwar nur für Paris und Umgegend; nach den Schätzungen der Behörden soll sich die Zahl derselben aber nur auf 80 000 belaufen, indes ist dieselbe entschieden zu niedrig gegriffen. Hoffentlich werden diese großen wirtschaftlichen Kämpfe keine vergeblichen sein.

Der Streik der Bergarbeiter in den Becken des Pas-de-Calais, Anzin und dem Norden beschäftigt in hohem Maße die Öffentlichkeit und zwar mit Recht. Die Unnachgiebigkeit der Kompagnien, welche so ungeheure Profite aus den ihnen vom Staate zur Ausbeutung überlassenen Minen ziehen, ist wirklich standalös; erst kürzlich haben sie von neuem erklärt, daß sie keine weiteren Konzessionen machen können resp. wollen und hoffen sie die Arbeiter durch die inzwischen bei ihnen eingetretene Not zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. Der Streikenden hat sich die Verzweiflung bemächtigt und ist hierin der Grund für die umfangreichen Manifestationen zu suchen, welche seit einer Woche im Streikgebiet stattfinden, um die Arbeitswilligen am Weiterarbeiten zu verhindern. Diese Manifestationen haben aber bald einen ganz anderen Cha-

rakter angenommen und ist es zu zahlreichen Szenen der Zerstörung und Plünderung gekommen. Die Leiter des alten Syndikats erklären, daß sich eine gewisse Anzahl verdächtiger Individuen von auswärts unter die Streikenden gemischt haben und einen Teil derselben zu den Gewalttaten mitgerissen hätten; auch die Anarchisten werden vom Syndikat beschuldigt, ihre Hand bei diesen Gewalttaten im Spiele zu haben. Was sicher ist, das ist, daß hierdurch den Kompagnien in die Hände gearbeitet wird. Auf das Drängen der reaktionären und bürgerlichen Presse ist das Streikgebiet mit Militär aller Waffengattungen überschwemmt und kam es schon zu sehr blutigen Zusammenstößen zwischen den Streikenden und den Gendarmen wie den Soldaten. Bis jetzt bedienten sich die letzteren nur der Säbel resp. Bajonette, indessen gab es schon mehrere kritische Momente, wo es bald zum Schießen gekommen wäre; die Streikenden sind meistens nur mit Stöcken und Steinen bewaffnet; bei den sehr ernsten Zusammenstößen in Havelnß gab es auf seiten der Truppen nicht weniger als 72 Verwundete, darunter 15 ziemlich schwere Verletzungen. Von den verletzten Offizieren ist einer gestorben; die Zahl der Verwundeten auf seiten der Arbeiter ist unbekannt, aber jedenfalls sehr bedeutend. Der letzte ernste Zusammenstoß fand im Dorfe Frith statt, wo eine Kolonne von 5000 Streikenden von Mürassieren und einem Bataillon Infanterie überfallen wurde. Hier war die Zahl der verletzten Arbeiter, welche, infolge der Lage des Dorfes an einem Kanal, nur schwer flüchten konnten, eine sehr bedeutende, während auf seiten der Angreifer nur 3 Offiziere und 8 Soldaten leicht verletzt wurden. Wenn die reichen Kompagnien nicht bald von der Regierung gezwungen werden, schon aus Gründen der öffentlichen Ruhe den Forderungen der Arbeiter zu entsprechen, so ist zu befürchten, daß es noch zu tragischen Ereignissen kommt. Schon jetzt stehen einer Zahl von etwa 70 000 Streikenden mindestens 25 000 Soldaten gegenüber, von denen fortwährend frische nach dem Streikgebiet dirigiert werden.

Der Streik der Postbeamten ist verloren gegangen, weil sich die etwas besser gestellten Briefträger zu wenig solidarisch zeigten. Schritte zur Wiedereinstellung der 300 Entlassenen werden von verschiedenen Seiten gemacht. Die Streikenden kämpften für die Erhöhung ihrer miserablen Gehälter, der französische Staat, welcher über 60 Millionen Frank aus Post, Telegraph usw. zieht, bezahlt diesen Unterbeamten nur 3 und 4 Frank pro Tag, während sie außer Anerkennung ihrer Organisation 5 Frank verlangten.

Paul Trapp.

## Kartelle und Sekretariate.

### Aus den Gewerkschaftskartellen.

Das Berliner Gewerkschaftshaus, G. m. b. H., verbandte kürzlich seinen Bericht über das sechste Betriebsjahr 1905. Die Einnahmen beliefen sich insgesamt auf 79 435,23 Mk., denen ein Ausgabeposten von 82 760,77 Mk. gegenübersteht, so daß das Unternehmen auch in diesem Jahre einen Verlust von 3325,54 Mk. zu buchen hatte. Freilich ist dabei zu bemerken, daß in den Ausgaben auch 12 797,43 Mk. für Abschreibungen enthalten sind, ferner ein Posten von 1300 Mk. für Vorarbeiten zu dem geplanten, aber infolge des zu geringen Anschlusses der Berliner Gewerkschaften nicht ausgeführ-

ten Anbaues. Zieht man den letzten Posten ab, der weniger mit dem eigentlichen Unternehmen zu tun hat, so verbleibt immerhin noch ein Verlust von 2025,51 Mk.. Trotz dieser Verlustsumme ist das Ergebnis des Unternehmens keineswegs ein ungünstiges. Der Verkehr in der Herberge stieg auf 67 313 Uebernachtungen gegenüber 65 154 im Jahre 1904 und die Zahl der leer gebliebenen Betten fiel von 6218 im Jahre 1904 auf 3867 im Berichtsjahre. Der Bierabsatz stieg gegen das Vorjahr um 29 Hektoliter, die Miete des Restaurants um 2598 Mk.

Das Gewerkschaftskartell in Ansbach ersucht die Gewerkschaftsvorstände, Arbeitersekretariate und Kartelle, das Kartell durch Zusendung ihrer Publikationen bei der Agitation zu unterstützen. Die Adresse ist Emil Börschmann, Ansbach, Oberer Markt 32.

### Aus den Sekretariaten.

Für das Augsburger Arbeitersekretariat wurde der Gen. A. Walter, bisher Arbeitersekretär in Coburg, gewählt.

Die Gewerkschaften Hildesheims haben ein Arbeitersekretariat eröffnet. Zum Sekretär wurde Genosse Karl Weiß aus Dresden gewählt. Die Adresse des Sekretariats ist: Schußstr. 4 I.

## Andere Organisationen.

### Der siebente Kongreß der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“.

brachte nach dreijähriger Pause die Korona der Lokalfisten wieder einmal zusammen. 65 Delegierte vertraten auf dem in Moabit tagenden Kongreß 19 Berufe, während vor 3 Jahren noch 25 Berufe vertreten waren. Die Reihen der Lokalfisten haben sich also merklich gelichtet. Auch ihre Mitgliederzahl ist nach eigenen Angaben zurückgegangen. 1901 war eine Mitgliederzahl von 18 010, 1903 eine solche von 14 244 angegeben, und auf dem 6. Kongreß sollen 16 334 Mitglieder vertreten gewesen sein. Jetzt beträgt die Mitgliederzahl nur noch 13 140, ein Rückgang seit 1901 um 27½ Proz., während im gleichen Zeitraum die Zentralverbände ihre Mitgliederzahl mehr als verdoppelt haben. Auch sonst wies der Kongreß manche Lücke auf. Kessler, der alte Schildhalter der Lokalfisten, ist den Weg alles Fleisches gegangen, die Seinen in trostloser Verwirrung zurücklassend, und auch Dr. Friedeberg, der neue Pfadfinder des anarchosozialistischen Revolutionismus und Antiparlamentarismus, steigerte dieselbe durch Fernbleiben vom Kongreß. Seine persönliche Teilnahme hätte allerdings zur Klärung der Verhandlungen nicht viel beigetragen, sondern höchstens das „Selbstbewußtsein“ der „Unabhängigen“ um einige Grade gehoben. Hat doch gerade seine Propaganda gegen den Parlamentarismus und für den Generalstreik die theoretische Verwirrung der Lokalfisten vollends enthüllt und der gesamten Klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands bewiesen, daß sich hinter dem revolutionären Phrasengebrusch dieser Eigenbrödlern nichts anderes als völliger Mangel an politischer Schulung verbirgt. Wenn es für diese Tatsache noch eines besonderen Beweises bedurft hätte, so hat ihn die neue Programmdebatte der gewerkschaftlichen Antiparlamentaristen reichlich erbracht.

Der Geschäftsbericht verzeichnet 22 Organisationen mit 13 140 Mitgliedern und einem Gesamtvermögen von 211 464,39 Mk., die der „Freien Ver-

einigung" angegeschlossen sind. An der Streikberichterstattung sind nur 15 Organisationen beteiligt; die übrigen haben jedenfalls überhaupt noch keine Kämpfe geführt. Sie gaben als Streikausgaben 196 688,53 Mk. an. Von 53 Streiks und Lohnbewegungen endeten nur 2 mit vollem Erfolg, 24 ohne jeden Erfolg und 27 wurden durch Vergleich beendet. An Tarifverträgen waren die Organisationen in 25 Fällen beteiligt; natürlich handelt es sich nicht um Tarife aus eigener Kraft, sondern um solche von Centralverbänden und deren Anerkennung wider Willen, weil anders den Lokalorganisationen nichts übrig bleibt, wenn sie ihre Mitglieder überhaupt behalten wollten. Die Geschäftskommission, die von den angeschlossenen Vereinigungen pro Kopf der Mitglieder und Quartal einen Beitrag von 5 Pf. erhebt, verzeichnet eine Gesamteinnahme von 107 971 Mk. und eine Gesamtausgabe von 101 148,04 Mk. sowie einen Kassenbestand von 6822,96 Mk. Darin befinden sich an Ausgaben für die „Einigkeit“ 63 879,13 Mk. (denen 67 300,08 Mk. Einnahmen gegenüberstehen) und für Streiks 16 433 Mk. Die „Einigkeit“ wird von 23 Organisationen obligatorisch gehalten und hat 13 708 Abonnenten. 2 Organisationen (Metallarbeiter und Kürschner) haben eigene Organe. Dem auf dem 6. Kongreß gewählten Kassierer Edelman, der mittlerweile von seinem Posten zurücktrat, wird eine mangelhafte Kassenführung nachgesagt.

In jeder anderen Arbeiterorganisation, deren verantwortliche Leiter es mit der Organisationsarbeit ernst nehmen, würde ein solcher Geschäftsbericht des unaufhaltsamen Rückganges erregte Debatten über das Wohl und Wehe der Gewerkschaftsorganisation, über die Mängel der Taktik und ihre Umgestaltung hervorgerufen haben. Bei den Berliner Lokalistenvertretern bewegten sich die Debatten jedoch vorwiegend auf dem Gebiete der — internationalen Verbindung. Dazu mag allerdings das Begrüßungsschreiben des niederländischen Nationalarbeits-Sekretariats (van Erkel) angeregt haben, dessen antiparlamentarische Gewerkschaften sich ebenfalls in heller Auflösung befinden und nun Fühlung mit ausländischen Schicksalsgenossen zu suchen scheinen. Man bedauerte, daß ausländische Gewerkschaften durch internationale Vereinbarung mit den deutschen Centralverbänden verbunden sind und sich deshalb der „Freien Vereinigung“ nicht anschließen können, obwohl sie dieser weit näher als der ersteren stehen, und sprach die Hoffnung aus, daß dieser Zustand sich „für einige Länder“ in nächster Zeit ändern werde.

Nach dieser Prinzipienklärung für die internationale Zersplitterung des Proletariats wurden die Schulden einiger Gewerkschaften beim Garantiefonds und Umlageverfahren im Gesamtbetrage von 18 965,65 Mk. als uneinbringlich niedergeschlagen und der Bericht Katers vom Amsterdamer internationalen Bericht entgegen genommen, der sich für das Festhalten an der Idee des Generalstreiks als Mittel zur Niederwerfung der Klassenherrschaft aussprach und die Jenaer Massenstreik-Resolution als eine Konzeption der sozialdemokratischen Partei an ersterer ausblättelte. Ein Antrag, den nächsten Internationalen Arbeiterkongreß nicht mehr zu beschicken, wurde vertagt, schließlich aber durch die Wahl von 2 Delegierten erledigt. Dagegen wurde am letzten Kongreßtag ein Antrag angenommen, den anarchistischen „Antimilitaristen-Kongreß“ in Genf offiziell durch einen Vertreter der „Einigkeit“ zu beschicken.

Den Hauptpunkt der Verhandlungen bildete die Revision der Programmklärung der „Freien Ver-

einigung“. Diese aus dem Jahre 1897 stammende und 1900 durch einen Zusatz ergänzte Prinzipienklärung besagt, daß die lokalistischen Gewerkschaften auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei stehen und die allmähliche Vereinigung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation im Interesse der Sparsamkeit mit Arbeitergroßen erstreben. Nach den anarchosozialistischen Exkursionen der sozialistischen Führer war dieses Programm natürlich veraltet und mußte revidiert werden. Das ließ der Referent Gehl mit aller Deutlichkeit durchblicken, obwohl er bestritt, daß ein Abrücken von der sozialdemokratischen Partei damit gemeint sei. Er erklärte: die der Freien Vereinigung angeschlossenen Gewerkschaften „sollten alle revolutionären Elemente der Arbeiterchaft in sich aufnehmen und demgemäß sollten sie von jeder Partei unabhängige Gewerkschaften sein, die den „revolutionären Sozialismus“ propagieren und bereit sind, den Klassenkampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zum Siege zu führen.“ Wir zitieren diese Ausführungen nach dem „Vorwärts“, der gewiß nicht im Verdachte der Voreingenommenheit gegen die Lokalisten steht und an keiner Stelle seines Berichts einer gegensätzlichen Auffassung Ausdruck gibt. Diese Erklärung besagt indes nichts anderes, als eine Isolierung der Lokalorganisationen von der Sozialdemokratie zugunsten anarchisch-revolutionärer Einflüsse. Wenn darüber noch irgend welche Zweifel bestehen sollten, so dürfte die Debatte dieselben vollends zerstört haben. Da wurde direkt verlangt, daß das neue Programm der Vereinigung sich unumwunden für die direkte „Aktion“, für den „Antiparlamentarismus“ und „Antimilitarismus“ erkläre. Ein Zürcher Vertreter sprach es noch offener aus, „daß die sozialdemokratische Partei nicht mehr auf dem Boden des „revolutionären Sozialismus“ stehe, deshalb müßten die revolutionär-sozialistischen Gewerkschaften sagen, daß sie nicht mehr auf dem Boden der Partei stehen.“ Auch weitere Diskussionsredner sprachen sich mehr oder minder scharf gegen den Parlamentarismus aus. Bei der Abstimmung erhielt ein Antrag Hinrichsen, sich mit der früheren Programmklärung zu begnügen, überhaupt nur 8 von 65 Stimmen und nach Ablehnung weiterer Anträge wurde das neue Programm mit allen gegen 1 Stimme (der Frauengewerkschaft) in folgender Fassung angenommen:

„Ausgehend von der Erkenntnis, daß in der jeweiligen bürgerlichen Gesellschaft die Merkmale der Klassenherrschaft auf allen Gebieten in zunehmender Weise schroffer denn je in die Erscheinung treten, insbesondere die wirtschaftlichen Kämpfe durch das gewaltige Erstarken der Reaktion immer schärfere Formen annehmen, andernfalls durch fortwährende Anbelungs- und Unterdrückungsversuche seitens der Machthaber die Rechtlosmachung und Ausbeutung der Arbeiter systematisch betrieben wird, und zu diesem Zweck die Besizenden aller religiösen und politischen Schattierungen sich geschlossen ihrer wirtschaftlichen sowie der politischen Macht bedienen, ist es notwendig, wenn der wirtschaftliche und politische Kampf mit Erfolg und Nachdruck von den Arbeitern geführt werden soll, daß er als Klassenkampf im Sinne des revolutionären Sozialismus geführt wird. Dazu gehört:

Die Bildung und der Ausbau solcher Gewerkschaften, die sowohl den auf Verbesserung der Lebenshaltung und Arbeitsbedingungen gerichteten Tageskampf führen, wie auch die auf Beseitigung der Klassenherrschaft gerichteten Bestrebungen unterstützen, die begründet sind in der sozialistischen Weltanschauung und ihren Ausdruck finden in der Propaganda für die Idee des Massen- resp. Generalstreiks.“

Diese Programmklärung zugunsten des „revolutionären“ Sozialismus kann, wenn überhaupt

gegenwirken. Diese schönen Vorsätze ändern nichts an der längst bekannten Tatsache, daß die „Einigkeit“ mit ihrem leichten Phrasengebrauch das oberflächlichste Gewerkschaftsblatt ist und selbst weit hinter der Gewerkschaftspressen zurücksteht.

Im weiteren wurde eine Resolution für die „Frauenagitation zugunsten des „Gewerkschaftlichen Frauenvereins zu Berlin“ und eine antimilitaristische Propaganda, getreu dem Vorbilde der französischen Antimilitaristen, beschlossen, ein Antrag auf grundsätzliche Verwerfung der Tarifverträge durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt und eine Waiseier-Resolution gefaßt, die bedingungslos für die Arbeitsruhe am 1. Mai, aber unter vollster Selbstverantwortung jedes einzelnen Arbeiters, eintritt. Die Feier des 1. Mai solle ein Maßstab für das Wachstum des Klassenbewußtseins und der Idee des Generalstreiks sein.

Zum Vorsitzenden der Geschäftscommission und Redakteur der „Einigkeit“ wurde Kater, zum Kassierer und Expedient Kleinlein, zu Beisitzern Hinrichsen, Püttlich und Thieme, zu Revisoren Gehl und Schönheim gewählt. Für den internationalen Arbeiterkongreß 1907 sind Kater und Fischer als Delegierte bestimmt. Das Gehalt des Vorsitzenden wurde auf 2400 Mk., das des Kassierers auf 2200 Mk. festgesetzt.

Der Kongreß ist durch seine Beschlüsse hinreichend gekennzeichnet als ein Konventikel anarchistischer und radikalistischer überhitzter Wirkköpfe, die sich zur Inaugurierung einer neuen revolutionären Aktion berufen wähen. In der Gewerkschaftsbewegung finden diese Leute keinen Anhang; daher ihr Haß gegen die „Verbändlerei“. Aber auch die geringen Sympathien, die ihnen manche Parteikreise fortgesetzt widmen, befriedigen sie nicht, weshalb sie jetzt auch der Partei in aller Form die Freundschaft kündigen. Für die Partei wird diese Trennung aus eigener Entschliekung jedenfalls heilsam sein, denn sie erwartet ihr eine Reihe übler Erfahrungen, unter denen die Berliner Gewerkschaftsorganisation jahrelang gelitten hat, und je rascher und gründlicher sich dieser Ausscheidungsprozeß vollzieht, desto mehr wird die moderne Arbeiterbewegung dadurch gewinnen.

### Mitteilungen.

#### Unterstützungs-Vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Abrechnung pro 1. Quartal 1906.

Einnahme.	
Kassenbestand vom 4. Quartal 1905 . . . . .	3658,16 Mk.
2698 Mitglieder-Beiträge . . . . .	16 188,— "
Zinsen . . . . .	1478,35 "
Von J. A. . . . .	6,— "
Von August Bebel . . . . .	10 000,— "
<b>Summa</b>	<b>31 330,51 Mk.</b>
Ausgabe.	
Zurückgezahlte Beiträge . . . . .	312,— Mk.
Sterbegeld an Frau Gutisch . . . . .	200,— "
„ „ Frau Reichelt . . . . .	200,— "
Witwenunterstützung . . . . .	1912,50 Mk.
Drucksachen . . . . .	62,50 "
Schreibmaterialien . . . . .	2,— "
Porto . . . . .	55,— "
Kassierer . . . . .	150,— "
Deutsche Bank . . . . .	28 259,60 "
Kassenbestand . . . . .	176 91,— "
<b>Summa</b>	<b>31 330,51 Mk.</b>

#### Vermögensübersicht.

Auf der Bank . . . . .	188 653,05 Mk.
Kassenbestand . . . . .	176,91 "

Summa 188 829,96 Mk.

Revidiert, Bücher und Belege für richtig befunden.  
Die Revisoren: Franz Stahl. Gustav Reinke.

#### Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

- Augsburg: Rößlich, Anton, Angestellter des Textilarbeiter-Verbandes.  
Deffner, Wilhelm, Angestellter des Textilarbeiter-Verbandes.  
Berlin: Ostwald, Ernst, Angestellter des Mühlenarbeiter-Verbandes.  
Kunze, Friedrich, Angestellter des Schneider-Verbandes.  
Bremerhaven: Peine, Fritz, Angestellter des Metallarbeiter-Verbandes.  
Stemann, Martin, Angestellter des Maurer-Verbandes.  
Breslau: Clement, Max, Angestellter des Verbandes der Tabakarbeiter.  
Charlottenburg: Kahlert, Gustav, Angestellter des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.  
Cottbus: Leopold, Paul, Arbeitersekretär.  
Dresden: Thiemig, Karl, Angestellter des Verbandes der Fabrikarbeiter.  
Grölich, Robert, Redakteur.  
Düsseldorf: Leonhardt, Otto, Angestellter des Verbandes der Maler.  
Elberfeld: Steinbrink, August, Angestellter des Textilarbeiter-Verbandes.  
Frankfurt a. M.: Laut, Sebastian, Angestellter des Frauereiarbeiter-Verbandes.  
Diehl, Jakob, Angestellter des Verbandes der Dachdecker.  
Schulmeyer, Wilh. Heinr., Angestellter des Verbandes der Maurer.  
Gera: Krause, Max, Angestellter des Verbandes der Textilarbeiter.  
Hannover: Engelle, Heinrich, Expedient.  
Dörnke, Ludwig, Geschäftsführer.  
Wilhelm, Bernh., Geschäftsführer.  
Harburg: Haeje, Paul, Geschäftsleiter.  
Karlsruhe: Pongark, Franz, Geschäftsführer.  
Rattowitz: Benedik, Josef, Angestellter des Verbandes der Maurer.  
Kiel: Wegner, Joh., Angestellter des Holzarbeiter-Verbandes.  
Brodtshuhn, Friedrich, Angestellter des Verbandes der Maurer.  
Leipzig: Gashütz, Franz, Angestellter der Leipziger Buchdruckerei.  
Bodenstein, Otto, Geschäftsführer des Verbandes der Fabrikarbeiter.  
Seger, Friedrich, Redakteur.  
Ludwigshafen: Kleefoot, Paul, Redakteur.  
Magdeburg: Hoffmann, Carl, Angestellter des Metallarbeiter-Verbandes.  
Flügge, August, Angestellter des Metallarbeiter-Verbandes.  
Neumünster: Jürs, Karl, Berichterstatter.  
Neu-Ulm: Bantleon, Jakob, Bezirksleiter des Maurerverbandes.  
Nürnberg: Umhey, Anton, Angestellter des Maurer-Verbandes.  
Stuttgart: Frey, Johannes, Angestellter des Buchbinder-Verbandes.  
Zwickau: Schubert, Redakteur.

Worte einen Sinn haben sollen, gar nicht anders als eine Abfage an die sozialdemokratische Partei aufgefaßt werden. Als „revolutionäre“ Sozialisten bezeichneten sich seither im geflüchteten betonten Gegensatz zum „demokratischen“ Sozialismus die anarchischen und anarchistelnden Elemente, denen die aus der Demokratie sich notwendig ergebende Parteidisziplin und Parteieinheit ein Greuel ist. Sie verwerfen den Parlamentarismus, die Eröberung der Gesetzgebungsmaschine durch die politische Aktion der Arbeiterklasse und stellen sich damit gemäß den Beschlüssen der Kongresse von Zürich und London außerhalb der Reihen der Sozialdemokratie. Sie verwerfen die einheitliche politische wie gewerkschaftliche Organisation und propagieren die Zersplitterung auf allen Gebieten. Diese Bestrebungen der Lokalistensind nicht von heute und gestern. Ihre Zerstörungsaktion auf gewerkschaftlichem Gebiete ist so alt, wie ihre Sonderbündelei; aber auch ihre politische Zersplitterung ist schon vor Jahren hervorgetreten. Bereits ihr politisches Organisationsprinzip nach Verufen trug den Keim der Zerstörung der Parteieinheit in sich. Die Bekämpfung des Parlamentarismus ist nur die konsequente Weiterentwicklung dieser anarchistelnden Auffassungen; sie endet in der völligen Trennung von der Sozialdemokratie. Dieser Schluß ist um so zwingender angesichts der gegenwärtigen großen Wahlrechtstämpfe der Sozialdemokratie in Deutschland, wie auch in anderen Ländern. Wer in diesem Moment, da die Arbeiterschaft für die Erringung des allgemeinen Wahlrechts ihr Leben einsetzt, der Sozialdemokratie durch antiparlamentarische Propaganda in den Rücken fällt, für den kann kein Platz in dieser Partei sein.

Der Schluß der Tagung wurde durch Organisationsfragen ausgefüllt. Ueber die Zugehörigkeit von Gewerkschaften zur „Freien Vereinigung“ wurde bestimmt:

„Zur Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften können alle Gewerkschaften gehören, die sich zu deren Grundsätzen bekennen und sich solidarisch erklären in den Kämpfen aller Arbeiter, ohne Rücksicht auf Nationalität und Organisationsform, soweit sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Zur Freien Vereinigung können nicht gehören solche Gewerkschaften, die den Klassenkampf verleugnen und statt der Gegensätzlichkeit eine Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Unternehmertum und Arbeitern anerkennen und erstreben.“

Wie wenig solche „Grundsätze“ die Freie Vereinigung hindern, auch andere Gewerkschaften, die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes standen, aufzunehmen, beweist ihr Intermezzo mit dem Verein Berliner Hausdiener. Ebensovienig hinderte sie vor Jahren ihre Abfage an die Neutralität der Gewerkschaften, den neutralen „Niederrhein. Weberverband“ zuzulassen. Maßgebend war trotz aller pompösen „Grundsätze“ für die Lokalistensind das Prinzip der Sonderbündelei und willkommen war ihnen jede Gewerkschaftsgruppe, die von den Centralverbänden sich abspaltete oder sich in deren Einheitsorganisation nicht einfügen wollte. So wird es auch in Zukunft bleiben.

Das Organisationsstatut erhielt folgende Fassung:

„Die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften setzt sich zusammen aus Centralisationen und solchen selbständigen Lokalorganisationen, für deren Beruf eine Centralisation der Freien Vereinigung nicht angeschlossenen ist.“

Jede Organisation hat ihr vollkommenes Selbstbestimmungsrecht und ihre eigenen, den örtlichen wirtschaftlichen und beruflichen Verhältnissen entsprechenden Statuten,

welche den Grundsätzen der Freien Vereinigung nicht widersprechen dürfen.

Unter allen Umständen ist jede Gewerkschaft verpflichtet, mindestens als Jahresbeitrag einen halben Wochenlohn von ihren Mitgliedern zu erheben, sowie pro Mitglied und Quartal 5 Pf. zum Agitationsfonds an die Geschäftskommission zu zahlen.

Den Gewerkschaften wird empfohlen, wenn an einem Orte mehrere der Freien Vereinigung angeschlossene Organisationen bestehen, sich zu Artellen zu vereinigen. Die Kartelle haben die Aufgabe, die örtlichen Interessen aller ihnen angeschlossenen Organisationen und Mitglieder zu vertreten, namentlich bei Wahlen, Streiks, Aussperrungen und Boykotts einzugreifen und den Grundsätzen der Freien Vereinigung gemäß zu wirken, sowie Rat und Auskunft in allen gewerblichen und die Arbeiterversicherung berührenden Fragen zu erteilen.

Personen, für die eine Centralisation oder Lokalorganisation nicht besteht, können sich als Einzelmitglieder der Freien Vereinigung anschließen.“

Der letzte Absatz dieses Statuts proklamiert den Individualismus sans phrase. Während anderwärts die Organisation der Träger jeder Aktion, die Vorbedingungen gewerkschaftlichen Wirkens ist, fragt hier niemand, ob hinter dem einzelnen eine Organisation steht. Nicht durch eine solche, sondern durch sein rein persönliches Wollen gehört er der anarchischen Gewerkschaftsgruppe an. Die Bestimmung scheint ganz besonders dafür ausersehen, anarchischen und revolutionären Eingängern den Anschluß zu ermöglichen. Damit wird das eigentliche gewerkschaftliche Prinzip preisgegeben und die Organisation auf das Niveau bloßer Disputierklubs herabgedrückt, über das die der „Freien Vereinigung“ angeschlossenen Gewerkschaften sich kaum wesentlich erheben haben. Zugleich wird damit das Prinzip der völligen Desorganisation in die eigenen Reihen der Lokalistensind hineingetragen und das letzte Stadium ihrer Auflösung wirksam vorbereitet. Wir haben diese Entwicklung schon vor Jahren vorausgesagt. Die jüngsten Beschlüsse der Lokalistensind bestätigen unser Urteil und wir können nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß auch das Ende dieser Gewerkschaftsverirrung nicht allzu lange auf sich warten lassen möge, zum Wohle der gesamten Arbeiterbewegung.

Hinsichtlich der Unterstützung von Ausständen wurde neben der früheren Resolution folgende Bestimmung beschlossen:

„Die Unterstützung von Ausständen beruht auf Gegenseitigkeit und freier Solidarität.“

Aufgabe jeder Gewerkschaft ist es jedoch, daß sie alles aufbietet, um ihre Streiks und Sperren selbst unterstützen zu können.

Gewerkschaften, welche sich an der Unterstützung von Ausständen trotz finanzieller Möglichkeit ihrerseits nicht beteiligen, haben kein Recht, die Solidarität der anderen Gewerkschaften in Anspruch zu nehmen.“

Die regelmäßigen Kongresse sollen künftig alle 2 Jahre stattfinden; außerordentliche Kongresse können sowohl durch einstimmigen Beschluß der Geschäftskommission als auf Antrag von  $\frac{1}{3}$  der angeschlossenen Organisationen einberufen werden. Eine Vorlage, welche die Delegation zu den Kongressen der Stärke der Organisation entsprechend regelt, wurde abgelehnt. Die Bestimmungen über die Geschäftskommission blieben unverändert. Die „Einigkeit“ wurde für alle angeschlossenen Vereinigungen, die kein eigenes Organ besitzen, obligatorisch gemacht; sie soll mehr prinzipiell aufklärende Artikel und Berichte von der internationalen Arbeiterbewegung, sowie Artikel ausländischer Mitarbeiter bringen, die überflüssigen internen Organisationsberichte einschränken und durch kräftige Agitation „dem verflachenden Einfluß der Centralverbandspresse“ ent-

## Literarisches.

### Publikationen der Gewerkschaften.

- Buchdrucker.** Bericht und Abrechnung des Nordwestgaues pro 1905 nebst Berichten der Bezirke. Verlag Hamburger Buchdruckerei Muer & Co., Filiale Bremen.
- Dachdecker.** Protokoll des VIII. Verbandstages. Verlag Georg Diehl, Frankfurt a. M., Brüdenstraße 31.
- Eisenbahner.** Vorstands- und Kassenbericht pro 1905. Verlag des Verbandes, Hamburg, Ausschläger Allee 32.
- Kürschner.** Rechenschaftsbericht des Vorstandes pro 1905. Verlag des Verbandes, C. Schubert, Hamburg, Bohlendorferstr. 13.
- Schmiede.** Geschäftsbericht des Vorstandes zur X. Generalversammlung. Verlag Fr. Lange, Hamburg 21.
- Transportarbeiter.** Vorlage für die Vereinbarung eines Lohn- und Arbeitsvertrages zwischen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Verlag Heinrich Kaufmann & Co., Hamburg, Gröningerstr.
- Zimmerer.** Bericht und Abrechnung über die Aussperrung der Zimmerer in München im Jahre 1905. Verlag A. Kemmer, München.
- England.** 27. Quartalsbericht der General-Federation of Trade Unions. März 1906. Verlag der G.-F. of Trade Unions, 168-170, Temple Chambers, Temple Avenue, London E. C.
- Dänemark.** Bericht der Samvirkende Fagforbund an deren Ausschlußkonferenz den 11. April 1906. Verlag Martin Olsen, Kopenhagen, Rörre Farimagsgade 47.
- Niederlande.** Jahresbericht pro 1905 des Allgemeinen Metallarbeiterbundes.
- Schweiz.** Bericht des Bundeskomitees an die Sektionen pro 1904-1905.
- XIX. Jahresbericht des leitenden Ausschusses des Schweiz. Arbeiterbundes und des Schweiz. Arbeitersekretariats für das Jahr 1905. Kommissionsverlag der Grüllibuchhandlung, Zürich.

### Publikationen der Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate.

- Berlin.** 17. Jahres- und Kassenbericht der Gewerkschaftskommission und Bericht des Arbeitersekretariats pro 1905. Verlag der Berliner Gewerkschaftskommission. Berlin SO. 16, Engelauer 15.
- Chemnitz.** Bericht des Gewerkschaftskartells und des Arbeitersekretariats pro 1905. Verlag des Arbeitersekretariats, Zwidauerstr. 152 I.
- Cottbus.** Jahresbericht des Gewerkschaftskartells für das Jahr 1905. Verlag Paul Leupold, Bellevuestr. 20.
- Darmstadt.** Jahresbericht des Arbeitersekretariats für das siebente Geschäftsjahr (1905). Selbstverlag.
- Fürth.** Jahresbericht des Arbeitersekretariats, des Gewerkschaftskartells und der Centralbibliothek der Gewerkschaften. Verlag Fränkische Verlagsanstalt in Nürnberg.
- Gotha.** Viertes Jahresbericht des Arbeitersekretariats pro 1905. Selbstverlag.
- Hanau.** Jahresbericht des Arbeitersekretariats und des Gewerkschaftskartells pro 1905. Selbstverlag des Gewerkschaftskartells.
- Leipzig.** Das Leipziger Arbeitersekretariat und die Leipziger Gewerkschaften im Jahre 1905. Kommissionsverlag der Leipziger Buchdruckerei-Altiengesellschaft.
- Magdeburg.** Dritter Bericht des Arbeitersekretariats u. Gewerkschaftskartells. Selbstverlag des Ersteren.

- Mannheim.** Jahresbericht des Arbeitersekretariats, des Gewerkschaftskartells und der Bauarbeiterschulkommission für 1905. Verlag des Gewerkschaftskartells.
- Stassfurt.** Geschäftsbericht des Gewerkschaftskartells für 1905, nebst Bericht über die Volksbibliothek. Selbstverlag des Kartells.
- Ulm.** Geschäftsbericht des Gewerkschaftskartells pro 1905. Selbstverlag.
- Zwickau.** II. Geschäftsbericht des Gewerkschaftskartells für 1904/05. Selbstverlag.

### Zeitschriftenchau.

**Die Neue Zeit.** Die Hefte 25-33 enthalten unter anderen Arbeiten von P. Sulmann: „Die Stahlindustrie in den Vereinigten Staaten“; Frähdorf: „Die Krankenversicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden“; Stücklen: „Die Gewerbeinspektion im Jahre 1904“; „Die Heimarbeit“; Kloth: „Die Unternehmerorganisation der deutschen Buchbinder“; Bannekoek: „Sozialismus und Anarchismus“; Döberg: „Neo-Malthusianismus“; Lafargue: „Defonomie, Naturwissenschaft und Mathematik“; Pösch: „Arbeiterschulung im Gastwirtsgerber“; Heiden-Deutschmann: „Centrum und Arbeiterinnenfrage“; Wagner: „Ein Musterbeispiel staatlicher Arbeiterfreundlichkeit“; Schulz: „Zum Kampfe um die preußische Volksschule“; Kosiol: „Organisationen für die theoretische Bildung der Arbeiterklasse“; Kleis: „Die Abnahme der Altersrenten“ usw. G. Heinke: „Die Unfallquote des Reichsversicherungsamts im Jahre 1907“; Theresie Schleginger-Eckstein: „Die Ernährung der Schulkinder“; Friedrich Kleis: „Die Selbstverwaltung an Landesversicherungsanstalten“; Stephan Heise: „Prinzipielles zur Taktik gegenüber den gewerkschaftlichen Konkurrenzorganisationen“; August Winnig: „Tarifverträge und Klassenkampf“; Camille Hubsmans: „Der 21. Kongreß der belgischen Arbeiterpartei“; P. Blum: „Die Entwicklung der Sattlerei und die Erwerbsverhältnisse der in ihr beschäftigten Arbeiter“; Dr. W. Hammer: „Ueber Arbeitslöhne und Dirnentum“; Henriette Roland-Solst: „Der politische Massenstreik in der russischen Revolution“; W. Jansson: „Internationales aus der Gewerkschaftsbewegung“. Verlag von Paul Singer & Co., Stuttgart. Jedes Heft 25 Pf.

**Sozialistische Monatshefte.** Die Hefte vom April und Mai enthalten unter anderen Arbeiten von P. Frähdorf: „Die deutsche Unfall- und Invalidenversicherung nach ihren neuesten Rechnungsergebnissen“; Schippel: „Sommerharts Amerikastudien“; Bernstein: „Das vergräbete Pfund und die Taktik der Sozialdemokratie“; Schröder: „Sozialdemokratie und Kirche“; A. Popp: „Die österreichische Wahlreform und das Frauenwahlrecht“ u. a. m. Aus dem Maiheft heben wir hervor: Schippel: „Weißbegünstigung und Reziprozität in den Handelsvertragspolitik“; L. Bissolati: „Die Krise in der italienischen Sozialdemokratie“; Kolb: „Blodtaktik, Blodpolitik und Sozialdemokratie“; Bernstein: „Die Beseitigung der Klassenwahl und die sozialdemokratische Taktik“; Mac Donald: „Die neue Arbeiterpartei im englischen Parlament“; Deinhardt: „Ein Nachwort zur Beamtenfrage in den Gewerkschaften“; Emma Ihrer: „Form oder Inhalt? Zur Arbeiterinnenorganisation“ u. a. m. Preis pro Heft 50 Pf. Verlag der „Soz. Monatshefte“, Berlin.

**Die Kommunale Praxis.** Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefozialismus. Herausgegeben von Dr. Alb. Südekum. Die im 6. Jahrgang erscheinende Wochenschrift behandelt alle Gebiete des Gemeindefozialismus, insbesondere auch die kommunale Arbeiterpolitik in bewährter Weise und kann den im Gemeinwesen tätigen Genossen, insbesondere auch den Gewerkschaftskartellen und Arbeitersekretariaten nur empfohlen werden. Preis vierteljährlich 2,50 Mk. Verlag von Paul Singer & Co., Berlin.